

Aktuelles

Vokskabin
– Neuer Fragebogen
zur Gleichstellung
von Männern und
Frauen in Ungarn

Im Fokus

Angela Merkel
an der AUB

Semesterrückblick

Studierendenschaft,
DoktorandInnen & Alumni

andrássy

NACHRICHTEN

2015

Wintersemester

NACHRICHTEN
DER
ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

9. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (5. Jahrgang, 2. Ausgabe), Auflage: 1500 Stück, Erscheinungsdatum: 10.09.2015

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest
Redaktion: Referat für Marketing und Kommunikation
Design: Bencium Grafikbüro
Layout und Satz: Zsuzsa Urbán
Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht zu kürzen und zu bearbeiten. Texte ohne Angabe zu AutorInnen wurden von der Redaktion verfasst.

Foto Titelseite: Balázs Szecsódi

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität Budapest (im Speziellen bei Balázs Szecsódi, Gábor Ancsin und Zoltán Tuba oder den jeweiligen AutorInnen), oder diese sind gemeinfrei.

Andrassy Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3.
H-1088 Budapest
Telefon: +36 1 266 3101
Fax: +36 1 266 3099
uni@andrassyuni.hu
www.andrassyuni.eu

USt-Id-Nr.: HU18173967

2015/2

Angela Merkel an der Andrássy Universität Budapest
SEITE 6



INHALT



„Denn dies ist das Interesse
 des Landes“:

Miklós Németh an der AUB
 S. 12



AUB @ Dunai Regatta 2015
 – Studentischer
 Semesterrückblick
 und Aktionen des
 Alumni-Vereins ab S. 40

VORWORT

2

AKTUELLES | Europaministerin Dr. Beate Merk besucht die AUB | Neues Zentrum
 im Donau-Institut gegründet | Vokskabin: Neuer Fragebogen zu den Positionen der
 Parteien zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Ungarn | netPOL – Netzwerk
 Politische Kommunikation: AUB und NFB verlängern Kooperationsvertrag

3

IM FOKUS | Angela Merkel an der AUB

6

VERANSTALTUNGEN IM SOSE 2015 | Vortrag von Andrew S. Cohen | Historiker
 Attila Pók stellt neues Buch vor | Dr. Andreas Hoeschen zu Deutschland als
 Bildungs- und Wissenschaftsstandort | Ehemaliger ungarischer Ministerpräsident
 Miklós Németh an der AUB | Die Arbeit des Goethe-Instituts als Beispiel für
 Aufgaben eines Kulturinstituts im Gastland | Vortrag von Volker Benkert |
 DoktorandInnenworkshop zu Selbst- und Fremdbildern Mitteleuropas | Präsident
 des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V. zur europäischen
 Erinnerungskultur | PhD-Methodenworkshop 2015 | Ehem. Botschafter Shimon
 Stein zu den Fehlern europäischer Außenpolitik und Israels Strategie | Vortrag
 von Frank Spengler zu den Aufgaben deutscher politischer Stiftungen | ExpAct-
 Workshop an der AUB | Planspiel „Europäischer Ratsgipfel zur Zukunft der
 EU“ | Workshop zu Problemen der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn |
 Internationale Konferenz „Central and Eastern European eGovernment and
 eDemocracy Days 2015“ | Symposium zum Eurovision Song Contest | „AUB-
 Flashlight“ zu den britischen Unterhauswahlen 2015 | Workshop von YCDN und
 Arbeit und Leben NRW zu Menschenhandel in Europa | Vortrag von Carsten
 Schapkow | Internationale Konferenz „Europäische Transformationsprozesse seit
 1989/90 im Vergleich“ | AUB mit Projekt ExpACT auf internationaler Konferenz
 vertreten | Vortrag von Anna Cichopek-Gajraj | Projekt „ExpACT“ beim SMARTER
 LIVES 2015 in Innsbruck vorgestellt | Workshop „Rechtliche Organisation
 grenzüberschreitender Unternehmensgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa“ |
 AAL2Business-Workshop in Budapest

10

PORTRAIT | Interview mit Dr. Christoph Good

37

**SEMESTERRÜCKBLICK DER STUDIERENDENSCHAFT,
 DOKTORANDINNEN & ALUMNI**

38

Bücherspende des Alumni-Vereins | Andrássy-Frühlingsball | AUB @ Dunai Regatta
 2015 | Hof-Party | Exkursionen nach Berlin sowie Bosnien und Herzegowina

PERSONALIA

44

Vorwort



Liebe Freunde der Andrássy
Universität Budapest,

das neue Studienjahr 2015/2016 ist – wie
in den vergangenen Jahren – ein schöner
Anlass, um auf das letzte Studienjahr
zurückzublicken: Was haben wir
erreicht, welche Ereignisse haben uns
vorwärts gebracht und welche neuen
Akzente konnten wir setzen, um unsere
Universität weiterzuentwickeln?

Das Ansehen unserer internationalen
Hochschuleinrichtung ist erneut
gewachsen – diesmal nicht nur durch
die wissenschaftliche Tätigkeit und
verstärkte Netzwerkarbeit unserer
Kolleginnen und Kollegen. Ein Besuch
von höchster Staatsebene hat uns eine
so hohe Aufmerksamkeit und ein so
starkes Interesse beschert, wie wir es
im Alltag unserer akademischen Arbeit
sonst nicht kennen: Die deutsche
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
besuchte unsere Universität am 2.
Februar dieses Jahres.

Dies war bereits ihr zweiter Besuch
an der AUB. Während aber der erste
Besuch im Jahr 2007 einer Universität
galt, die sich als eine deutschsprachige
Hochschuleinrichtung gerade in
der Aufbauphase befand, kam sie
diesmal an eine Institution, die sich
schon einen beachtlichen Rang in
der regionalen und internationalen
Hochschullandschaft erarbeitet hat.
So konnte die AUB Rektoren und
vor allem Studierende von anderen

Universitäten in Ungarn zu dem Besuch
einladen. Im Rahmen des Besuchs
der Bundeskanzlerin wurde ihr die
Doktorwürde durch die südungarische
Universität Szeged verliehen; vor
allem aber gab es die Gelegenheit für
Studierende aus zahlreichen Ländern,
mit der Kanzlerin ins Gespräch zu
kommen. Denn nach ihrer Festrede
war die Bundeskanzlerin bereit, auf die
Fragen der Studierenden zu antworten
– und sie tat dies mit Engagement und
gut gelaunt. In diesem Gespräch ging es
um Fragen der aktuellen Weltpolitik,
der deutsch-ungarischen Beziehungen,
der Entwicklung in Europa, aber auch
um ihre persönlichen Erfahrungen
und Zielsetzungen. Dieser Besuch,
den wir gemeinsam mit der Deutschen
Botschaft Budapest organisiert haben,
bescherte der AUB nachhaltige
Aufmerksamkeit, wie wir mit großer
Freude feststellen konnten.

Neben diesem außerordentlichen
Ereignis ging natürlich auch die innere
Umstrukturierung unserer Universität
weiter voran: Eine neue Struktur wurde
in den letzten Monaten vorbereitet, in
welcher an der Stelle der Fakultäten
die Studiengänge eine tragende Rolle
spielen werden. Eine Arbeitsgruppe

widmete sich den dazu notwendigen
Veränderungen in der Satzung; die neue
Satzung soll im Herbst abschließend
im Senat und im Universitätsrat
verabschiedet werden.

In diesem Heft finden Sie zahlreiche
Berichte über unsere Aktivitäten in
Forschung und Lehre. Zum Abschluss
lassen Sie mich aber auch noch auf die
Teilnahme unserer Studierenden an
der Donau-Regatta hinweisen: das erste
Mal konnte die AUB mit den „großen“
Universitäten nun auch im Sportbereich
mithalten.

Für das neue Studienjahr wünsche ich
Ihnen und uns allen einen guten Start!

Ihr



András Masát

Aktuelles

NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

Europaministerin Dr. Beate Merk besucht die AUB



Europaministerin Merk in gemütlicher Runde mit Studierenden und Alumni der AUB.

Europaministerin Dr. Beate Merk besuchte am 23. Februar die AUB und gab ein klares Bekenntnis für die weitere Unterstützung der Universität ab: „Bayern will, dass die AUB ihre außerordentlich erfolgreiche Arbeit fortsetzt und weiter ausbaut. Sie ist ein echtes Aushängeschild für das Zusammenwachsen Europas und eine Ausbildung über die Grenzen hinweg. Wir wollen daher die AUB weiter unterstützen.“ Merk traf

auch mit Studierenden zu einer Diskussion über aktuelle europäische Themen zusammen und zeigte sich beeindruckt: „Das Gespräch mit den Studierenden und ihre greifbare Begeisterung für die europäische Idee haben mir deutlich gezeigt: Jeder Euro, den wir in die AUB investieren, ist hervorragend angelegt.“

Bayern beteiligt sich zusammen mit Baden-Württemberg, dem Bund, Österreich und Ungarn an der Finan-

zierung der Universität und bringt hierfür seit 2011 jährlich rund 250.000 Euro auf. Europaministerin Merk dazu: „Die AUB hat unsere Erwartungen bisher voll erfüllt. Jetzt gilt es vor allem, die Zahl der Studierenden und Absolventen zu erhöhen. Auch wollen wir versuchen, neue Partner für ein Engagement bei der AUB zu gewinnen.“

*Quelle: Bayerische Staatsregierung
(gekürzt durch AN-Redaktion)*

Neues Zentrum im Donau-Institut gegründet

Im Sommersemester 2015 wurde im Donau-Institut das „Zentrum für Demokratieforschung“ gegründet. Das Zentrum bündelt die politikwissenschaftliche Forschung an der AUB. Im Rahmen der in der Forschungsstrategie der AUB definier-

ten Schwerpunkte konzentriert sich das Zentrum auf Transformationsprozesse in der Region Mittel- und Osteuropa und auf Fragen der Europäischen Integration. Im Mittelpunkt stehen Projekte zu folgenden Themenbereichen:

Grundlagen der Demokratie

Die klassische repräsentative Demokratie ist durch die Folgen der Globalisierung und den Aufstieg neuer autoritärer Systeme in mehrfacher Weise gefordert. Eine erfolgreiche Bewältigung

dieser Herausforderungen bedingt zum einen eine neue Verständigung über die grundlegenden Werte der Demokratie. Zum anderen gilt es, Institutionen und politische Verfahren den geänderten Anforderungen anzupassen. Ausgehend von diesem Problemverständnis befassen sich die Projekte dieses Themenbereichs mit den normativen Grundlagen und den Transformationsprozessen des modernen demokratischen Rechtsstaats sowie mit der Demokratiequalität internationaler Verbünde.

Demokratiequalität in Mittel- und Osteuropa

Die Untersuchung der zunehmenden Vielfalt demokratischer Herrschaftssysteme in der Region stellt neue, anspruchsvolle Anforderungen an die vergleichende Demokratieforschung. In diesem Themenbereich geht es zum einen darum, Konzepte und Instrumentarien zu entwickeln, mit denen

Qualität und unterschiedliche Verwirklichungsgrade der demokratischen Herrschaftsform erfasst werden können. Zum anderen richtet sich das Interesse auf die politischen Kulturen und Mentalitäten, um die Persistenz und Prägung historischer Faktoren aufzuzeigen.

Neue Formen europäischer Governance

Die Erweiterungsrounds der EU von 2004 und 2007 haben die Heterogenität der Gemeinschaft stark erhöht. In den meisten der neuen Mitgliedstaaten besteht aufgrund der nur schwach ausgebildeten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Kapazitäten sowie der administrativen Zentralisierung ein generelles Defizit in der Governance. Die Projekte in diesem Themenbereich dienen dazu, bestehende Mängel in der Governance-Struktur der Region Mittel- und Osteuropa so-

wie in den angrenzenden Balkanstaaten zu identifizieren und innovative Instrumente zu deren Überwindung zu entwickeln. Ein besonderes Interesse gilt der Europäischen Strategie für den Donauraum. Zum einen soll dabei ein konzeptioneller Beitrag zur Erfassung und Durchdringung makroregionaler Strategien geleistet werden. Zum anderen sollen anhand von Fallstudien die Konzepte geprüft und die Effizienz und Problemlösungsfähigkeit der Donauraum-Strategie evaluiert werden.

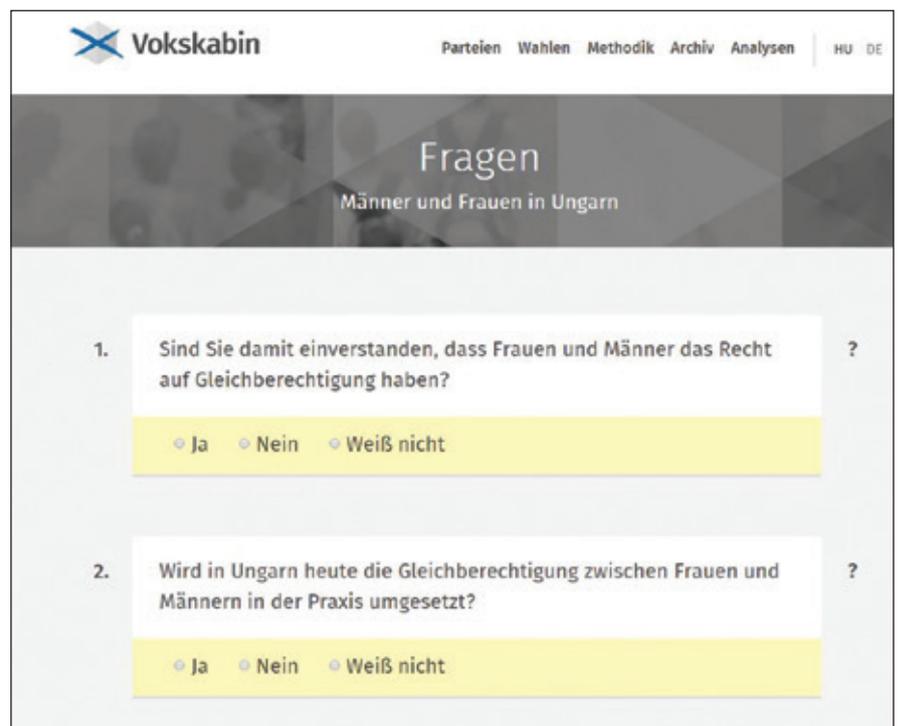
Gründungsmitglieder sind Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Hendrik Hansen, Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Prof. Dr. Siegfried Franke.



Vokskabin: Neuer Fragebogen zu den Positionen der Parteien zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Ungarn

Die Online-Wahlhilfe Vokskabin.hu ging bereits im ungarischen Superwahljahr 2014 online: Anhand der Ja/Nein-Antworten können Nutzerinnen und Nutzer seitdem ihre persönlichen Meinungen spielerisch mit den zuvor abgefragten Standpunkten der ungarischen parlamentarischen Parteien zu aktuellen (gesellschafts-)politischen Themen vergleichen. Seit Anfang Juni 2015 gibt Vokskabin im aktuellen Fragebogen zum Thema „Männer und Frauen in Ungarn“ nun Antworten darauf, welche Positionen die Parteien beispielsweise zu folgenden Fragen vertreten: „Wird in Ungarn heute die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Praxis umgesetzt?“; „Befürworten Sie, dass im Kindergarten Mädchen mit Autos und Jungen mit Küchenspielzeugen spielen können?“; „Würden Sie es unterstützen, wenn an Ungarns politischer Spitze innerhalb der nächsten 15 Jahre eine Ministerpräsidentin stehen würde?“

Vokskabin ist eine gemeinsame Initiative der AUB und des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL).



Der neue Fragebogen zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Ungarn ist unter www.vokskabin.hu zu finden.

Das Partnerprojekt in Österreich, die Politikkabine.at, wird seit 2006 erfolgreich betrieben. Ähnliche internetbasierte Wahlhilfen gibt es u.a.

auch in Deutschland (Wahl-o-mat) und in der Schweiz (Smartvote).

Ein Beitrag zur politischen Bildung

Die Projektverantwortlichen der AUB und von netPOL über ihr Projekt der politischen Bildung: „Wir sind stolz, in Ungarn eine parteiunabhängige Online-Wahlhilfe etabliert zu haben, die nach den Fragebögen zu den Wahlen im vergangenen Jahr mit einem neuen Fragebogen zum Thema ‚Männer und Frauen in Ungarn‘ nun

zum vierten Mal online gehen kann. Eine Besonderheit des Programms ist die Zweisprachigkeit: Es ist sowohl in ungarischer wie auch in deutscher Sprache erreichbar. Wir sind zudem sehr erfreut darüber, dass Vokskabin seit dem Projektstart im März 2014 von mehreren 10.000 Interessierten aufgesucht wurde. Wichtig ist es zu betonen, dass es bei Vokskabin nicht um Wahlempfehlungen geht, sondern darum, auf politische Themen aufmerksam zu machen und Standpunkte zu vergleichen. Wir hoffen, dass die Seite auch weiterhin von Nutzerinnen und

Nutzern aller Altersklassen besucht wird, und dass wir weiterhin zur politischen Bildung - diesmal in Bezug auf die ‚Gleichstellung von Männern und Frauen in Ungarn‘- beitragen können.“

Quelle: Vokskabin-Pressemittteilung Juni 2015 (gekürzt durch AN-Redaktion)



netPOL – Netzwerk Politische Kommunikation: AUB und NFB verlängern Kooperationsvertrag

Am 23. Juni 2015 unterzeichneten Dr. Franz Delapena, Geschäftsführer der NÖ Forschungs- und Bildunges.m.b.H. (NFB), und Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB, die Verlängerung des Kooperationsvertrags im Rahmen des Internationalen Interuniversitären Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL). Damit wird das gemeinsame Engagement ab 2016 im Rahmen von netPOL für weitere fünf Jahre fortgesetzt.

Das internationale und interuniversitäre Netzwerk Politische Kommunikation netPOL wurde 2010/11 zusammen von der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz in Kooperation mit der AUB, der Deutschen Universität für Weiterbildung in Berlin und der Babes-Bolyai-Universität, Cluj gegründet. Das Land Niederösterreich, vertreten durch die NFB, war bei der Gründung des Netzwerkes federführend. Koordiniert wird netPOL durch das Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien, die Entsendung von WissenschaftlerInnen erfolgt bis 2016 durch den Österreichischen Austauschdienst (OeAD). Die Zeppelin Universität in Friedrichshafen ist seit Juli 2015 der neue deutsche Partner von netPOL.



V. l. n. r.: AUB-Prorektor Hendrik Hansen, netPOL-Koordinatorin der AUB Prof. Dr. Ellen Bos, NFB-Geschäftsführer Dr. Franz Delapena, AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát, netPOL-Koordinator Peter Filzmaier und netPOL-Mitarbeiterin Dr. Christina Griessler bei der Vertragsunterzeichnung.



Im Fokus

Angela Merkel an der AUB

Knapp 120 Studierende der AUB und vier weiterer ungarischer Universitäten diskutierten beim Besuch von Angela Merkel in Ungarn am 2. Februar 2015 aktuelle Themen wie die Krise in der Ukraine oder die Energiewende in Deutschland und nutzten die Gelegenheit, Fragen zum persönlichen Werdegang der Kanzlerin zu stellen.

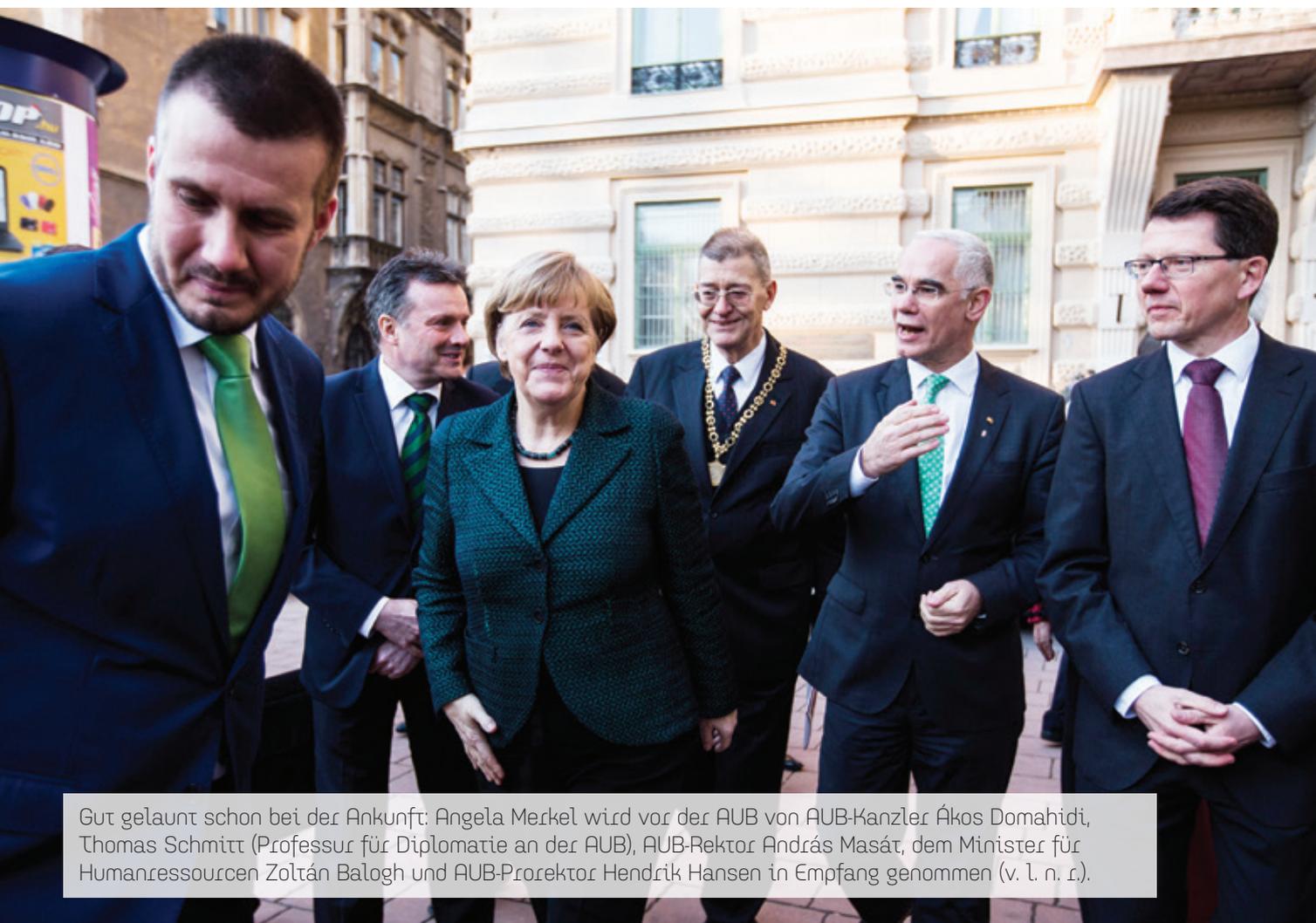
Ein besonderer Tag für die anwesenden Studierenden, geladenen Gäste sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AUB: Denn die deutsche Regierungschefin hatte trotz ihres kurzen Aufenthalts und eines straffen Programms in Budapest viel Zeit für die Veranstaltung an unserer Universität mitgebracht. Die Bundeskanzlerin hielt nach einigen Begrüßungsworten durch den Rektor der AUB Prof.

Dr. András Masát und der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Szeged einen kurzen Vortrag zur besonderen Stellung Ungarns in der Geschichte Europas und bei der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ sowie zur deutsch-ungarischen Freundschaft. Prof. Dr. Hendrik Hansen, Prorektor der AUB, eröffnete und moderierte an-

schließend die rund 40-minütige Diskussion. AUB-Studierende und ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen von verschiedenen ungarischen Universitäten diskutierten Themen wie die Beziehungen zu Russland und die europäische Energiepolitik, aber auch die Herausforderungen des Euro und die derzeitige Politik in Ungarn. Die

„Wie eng Europa zusammengerückt ist, sehen wir auch hier an der Andrássy Universität. Sie ist ein vorbildliches Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Sie führt Studierende aus verschiedensten Nationen in international ausgerichteten Studiengängen zusammen.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland



Gut gelaunt schon bei der Ankunft: Angela Merkel wird vor der AUB von AUB-Kanzler Ákos Domahidi, Thomas Schmitt (Professur für Diplomatie an der AUB), AUB-Rektor András Masát, dem Minister für Humanressourcen Zoltán Balogh und AUB-Prorektor Hendrik Hansen in Empfang genommen (v. l. n. r.).

Bundeskanzlerin gab dabei Einblicke in ihre Standpunkte, beantwortete aber auch Fragen der Studierenden zu ihrer persönlichen Laufbahn als Frau in der Politik. Zum Abschluss überreichte Rektor Masát der Kanzlerin die große Andrássy-Medaille und dankte ihr damit im Namen der AUB und der Studierendenschaft für die Unterstützung unserer Universität und für die außergewöhnliche Veranstaltung.

AUB-Studentin Edina Osztrovszky schildert in ihrem Artikel auf den folgenden Seite ihre Eindrücke des Tages und der Frage- und Diskussionsrunde mit der Kanzlerin. Ihr Artikel „*Három méterre Merkeltől*“ erschien im ungarischen Original am 3. Februar 2015 auf Kitekintő.hu.



AUB-Rektor András Masát überreicht der Bundeskanzlerin die Große Andrássy-Medaille.

„Drei Meter von Angela Merkel entfernt“ Zum Anfassen nah: die Bundeskanzlerin an der AUB

Wochenlang ging es in den ungarischen Nachrichten um nichts anderes als um den Besuch von Angela Merkel in Budapest. Alle spekulierten über die Themen, mit denen sich die deutsche Kanzlerin und der ungarische Ministerpräsident befassen würden und was für Auswirkungen der Besuch wohl auf die deutsch-ungarischen Beziehungen haben würde. Als Studierende der AUB blickten wir dem Besuch der Bundeskanzlerin an unserer Universität ungefähr so gespannt und freudig wie kleine Kinder entgegen, die auf den Nikolaus warten: Allerdings mit dem Unterschied, dass wir genau wussten, dass dieser Besuch in jedem Fall ein Geschenk sein würde und wir nicht die Rute zu fürchten haben.

Entsprechend aufgeregt betraten wir das Universitätsgebäude am 2. Februar: Schließlich hat man ja nicht jeden Tag die Gelegenheit, die deutsche Kanzlerin zu sehen, geschweige denn aus nächster Nähe.

Wo wir allerdings genau sitzen würden, wussten wir bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Mein Sitzplatz „neben“ der Kanzlerin

In den Festsälen herrschte bereits dichtes Gedränge. Trotzdem lief der Einlass dank der Teamarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zügig und ruhig ab. Nach der Sicherheitskontrolle erhielten wir unsere Platzkarten und stellten fest: Wir, die Studierenden der AUB, werden mit der Kanzlerin auf dem Podium sitzen – keine drei Meter von ihr entfernt. Damit hatte niemand von uns gerechnet! Für Politikerinnen und Politiker

sicherlich keine große Sache, für uns Studierende allerdings eine große Ehre: Davon werden wir sicherlich noch unseren Enkelkindern erzählen!

Eine einmalige Gelegenheit

Nach den Grußworten der Rektoren, der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Szeged und einer kurze Rede der Bundeskanzlerin kam der Teil des Besuchs, der den Fragen der Studierenden der fünf Universitäten vorbehalten war. Allerdings musste sich jeder von uns wahrscheinlich zunächst selbst die Frage stellen, ob man sich überhaupt traut und die Mög-

„Bundeskanzlerin Merkel nutzte ihren kurzen Aufenthalt in Ungarn auch dafür, um sich mit Studierenden an der AUB zu treffen – unsere Universität hat sich eindeutig zu einem Forum im Herzen Europas entwickelt, bei dem Politik zum Anfassen noch wirklich existiert.“

*Flóra Borek, Vorsitzende
der Studierendenschaft der AUB*

lichkeit nutzt, eine Frage an die mächtigste Politikerin Europas zu richten.

Als der Anfang dann gemacht war, wurden die Fragen schnell konkreter, aber auch persönlicher: ob zu aktuellen politischen Themen oder zur Karriere in der Politik – wir hatten die Chance, Antworten auf Fragen zu bekommen, die wir nicht bereits auf jedem zweiten Nachrichtenportal nachlesen konnten.

„Der Besuch der Kanzlerin zeigt den Stellenwert der AUB in den deutsch-ungarischen Beziehungen. Dieses ‘akademische Joint Venture’ stellt nicht nur einen begehrten Ort für die deutsch-sprechende akademische Jugend in Europa dar, sondern auch ein Forum und eine Begegnungsstätte für die Region im kulturellen und politischen Sinne, mit besonders starken Verbindungen zu den Partnerländern der Universität, [...]. Wenn die Kanzlerin bei der Begegnung mit den Studierenden über politische und persönliche Fragen an der AUB spricht und mit den Studenten zusammen aktuelle europäische Themen aufgreift, ist dies eine Anerkennung der bisherigen Leistung unserer jungen Universität.“

Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB

„Ohne die friedliche Revolution wäre ich nie eine Politikerin geworden“

So stellte eine der mutigsten Studentinnen die Frage, wann die heutige Bundeskanzlerin für sich selbst entschieden habe, sich politisch zu engagieren und dieses Amt anzustreben, da sie ja eigentlich Physik studiert und später sogar promoviert hatte. Sie antwortete überraschend ausführlich und erzählte, dass sie die Ereignisse im Jahr 1989 dazu bewegt hätten: Damals sei sie der neugegründeten Partei „Demokratischer Aufbruch“ beigetreten, welche später im Wahlkampf eine Allianz mit der CDU eingegangen sei. Wegen der Vorbereitung der ersten freien Wahlen in der DDR habe sie sich damals für ein paar Wochen von der wissenschaftlichen Arbeit freistellen lassen, sei später nie wieder an ihren Schreibtisch zurückgekehrt, sondern

in der Politik geblieben. Sie sei dann ziemlich schnell die Karriereleiter hinaufgeklettert, was ihrer Meinung nach auch dank der Umbruchszeit möglich gewesen sei. 2002, als Vorsitzende der CDU, habe sie sich selbst die Frage gestellt: „Traust du dir zu, für das Amt der Bundeskanzlerin zu kandidieren?“. 2005 wurde sie dann tatsächlich Regierungschefin.

„Frauen sind wie Männer“

Auch ich hatte eine Frage zur Karriere in der Politik: Ich wollte von ihr wissen, welche Ratschläge sie als bedeutendste Frau in der Welt der Politik gerade uns Studentinnen geben könnte, um später erfolgreich eine politische Laufbahn einzuschlagen. Ihre Antwort war einfach: „Erstmal etwas Vernünftiges studieren und dazu ein bisschen Praxiserfahrung sammeln“. Und sie unterstrich: „Frauen sind wie Männer: Sie sollten also an sich glauben, den eigenen Weg machen und sich nicht unterkriegen lassen, aber auch nicht beleidigt sein, wenn man mal verliert“. Im Falle einer Niederlage solle man dann als Frau nicht denken, dass der Grund dafür das „Frausein“ sei: „Das passiert Männern auch“, so Merkel.



Zum Anfassen nah: AUB-Studierende bei der Diskussionsrunde mit der Kanzlerin.



AUB-Prorektor Hendrik Hansen moderierte die Diskussion mit der Kanzlerin.

Angela Merkel: Der Mensch

Eine angenehmere Atmosphäre hätten wir uns für das Gespräch nicht wünschen können: ungezwungen, freundlich, und manchmal sogar mit viel Humor beantwortete Deutschlands Regierungschefin unsere Fragen. Mitten unter uns saß nicht die Bundes-

kanzlerin, sondern der Mensch Angela Merkel. Sie sprach nicht nur gerne über ihre Vergangenheit, ihr zuletzt gelesenes Buch oder ihre Freizeit, sondern diskutierte mit uns auch ernsthaft über die Probleme der Welt und Europas.

Die Chance bekommen zu haben, eine Frage an die Bundeskanzlerin zu

richten, und dass sie sich die Zeit genommen hat, unsere Fragen so ausführlich zu beantworten, war für uns eine große Ehre. Ich denke, dass wir noch einige Zeit brauchen, um zu begreifen, dass wir wirklich dort gewesen sind.

Edina Osztrovsky



Veranstaltungen an der AUB im Sommersemester 2015

UNIVERSITÄT, FAKULTÄTEN, DOKTORSCHULE

Welche Rolle spielen Think Tanks bei der politischen Entscheidungsfindung in den USA?

Vortrag von Andrew S. Cohen



Der Vortrag von Andrew S. Cohen lockte auch einige amerikanische Studierende in den Festetics-Saal der AUB.

Der Abend des 19. Februar stand im Zeichen der transatlantischen Beziehungen: Zu Gast an der AUB war Andrew S. Cohen aus Washington, D. C., um über die Arbeit von Think Tanks, insbesondere in Washington, zu referieren. Der Fokus lag dabei auf deren Stellung für die politische Praxis.

Cohen selbst ist für die dort ansässige Bertelsmann Foundation tätig, einen „Ableger“ der deutschen Bertelsmann Stiftung. Der Vortrag war gerade auch für amerikanische Studierende unterschiedlicher Budapester Universitäten von großem Interesse. Cohen war lange als Journalist tätig – u. a. für die Deutsche Welle. Er ist nun Leiter der Kommunikationsabteilung der Bertelsmann Foundation und arbeitet an der Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft.

In seinem Vortrag erläuterte Cohen, dass es den Think Tanks in Washington vor allem darum gehe, die politische Agenda-Setzung anzuregen und Themen dank Input durch Expertenwissen einen Rahmen zu geben.

Die Hauptarbeit der „Denkfabriken“ liege vor allem in der Erstellung von Berichten oder Prognosen, die neue Deutungsrichtungen geben oder von Politikern als Beratungshilfe herangezogen werden können.

Think Tanks sind keine Lobbyorganisationen

Momentan liege ein wichtiger Fokus auf Analysen, die Russland betreffen; ferner stelle das transatlantische Freihandelsabkommen ein interessantes Thema für die euro-atlantische Gemeinschaft dar: „Most people in America do not even have a clue what TTIP is“, so Cohen. Daher habe es die Bertelsmann Foundation sich zur Aufgabe gemacht, mit Hilfe einer „TTIP-Roadshow“ amerikanische Unternehmen über das geplante Abkommen zu unterrichten.

Hier betonte Cohen, dass Think Tanks keine Lobbys im herkömmlichen Sinne, sondern gemeinnützige Einrichtungen seien. Werden derartige Einrichtungen in den USA als solche registriert, müssen sie sich rechtlich als

unabhängig ausweisen. Natürlich sei die Finanzierung solcher Körperschaften trotzdem problematisch, da sie an private Unterstützung gebunden sei. Was geschieht aber, wenn beispielsweise der Regierung durch einen Bericht schwerwiegende Kritik widerfährt? So etwas belaste die Beziehung zwischen Think Tanks und Politik durchaus, zerstöre sie sogar, wie Cohen zu bedenken gab. Vor Veröffentlichung einer Studie bemühe man sich daher i. d. R. um Kontaktaufnahme.

Trotz Kritik bleibe die Regierung vom Input der Think Tanks abhängig, da Politiker, sobald sie an der Macht sind, zum Wissenserwerb meist keine Zeit mehr hätten und die Denkfabriken als Quelle heranziehen müssten – „Zeit zum Forschen ist ein Privileg“, so Cohen. Think Tanks stellen des Weiteren Kommunikationsplattformen für politische Akteure dar, die ansonsten keinen Zugang zur Regierung bekämen; Kuba etwa nutzte diesen Kanal jahrzehntelang über Veranstaltungen in New York am Rande der UNO-Generalversammlung.

Ungeachtet der Bedeutung ihrer Aufgaben seien Think Tanks täglich existenziellen Herausforderungen ausgesetzt. Es sei schwierig, einerseits mit dem Informationsüberfluss zurechtzukommen und andererseits kreativ genug zu sein, sich von den etwa anderen 400 Think Tanks in Washington, D.C. abzuheben.

Trotz aller Schwierigkeiten seien Denkfabriken weiterhin ein wichtiger Bestandteil des politischen Entscheidungsfindungsprozesses und „Übersetzer“ zwischen Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Flóra Borek

Klios Schuld, Klios Sühne

Historiker Attila Pók stellt neues Buch zu politischen Wendepunkten und Historie im Karpatenbecken 1867-2000 vor

Bei der Vorstellung von Attila Póks Neuerscheinung diskutierten Experten und Gäste über politische Wendepunkte, Geschichtspolitik und kollektive Erinnerung im östlichen Mitteleuropa. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit zwei führenden wissenschaftlichen Einrichtungen in Budapest durchgeführt und ist ein weiteres Beispiel der erfolgreichen Kooperationen der AUB.

Am 24. Februar wurde im Andrássy-Saal das Buch „Klios Schuld, Klios Sühne. Politische Wendepunkte und Historie im Karpatenbecken 1867-2000“ von Prof. Dr. Attila Pók vorgestellt: 16 Artikel und Aufsätze widmen sich der Geschichte wichtiger politischer Umbrüche im 19. und 20. Jahrhundert, Problemen der Geschichtspolitik und der kollektiven Erinnerung. Die Beiträge suchen nach den Ursachen historischer Neuorientierung in Ungarn und der gesamten mitteleuropäischen Region.

Der Autor selbst ist Historiker, stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichtswissenschaft im Forschungszentrum für Humanwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA), Generalsekretär des Ungarischen Historischen Vereins und u. a. als Gastprofessor an der Columbia Universität in New York tätig.

Anlässlich der Buchvorstellung würdigten Prof. Dr. Arnold Suppan und Prof. Dr. Ferenc Glatz den Band ihrerseits durch weiterführende Beiträge. Die Gesprächsleitung hatte Prof. Dr. Andreas Oplatka,

der in seiner Einleitung ausdrücklich darauf hinwies, wie wichtig es sei, Arbeiten zur Geschichte Ungarns in Fremdsprachen, so etwa hier auf Deutsch, herauszugeben: Bücher dieser Art erleichterten dem Ausland das Verständnis der ungarischen Gegenwart, weil in diesem Land – wie in Ost- und Mitteleuropa allgemein – historische Argumente auch in der Politik ein nicht unbedeutendes Gewicht hätten.

Glatz zeichnete die wissenschaftliche Laufbahn Póks nach, da er den Verfasser aus jahrzehntelanger Zusammenarbeit gut kennt. Besonders wies er darauf hin, dass durch Póks Aufsätze Einblicke in die Hintergründe all jener harten Umbrüche vermittelt werden, die für Ostmittel- und Osteuropa kennzeichnend sind. Die Arbeiten Póks gäben, so Glatz, gerade auch über die Mentalität der Region Auskunft, was wiederum gewisse wiederkehrende Reaktionsweisen erhelle. Glatz stellte fest, dass Streit um Grenzen, dessen Preis stets Blut ist, nach seiner und ebenso nach der Meinung des Verfassers endlich ein Ende haben müsse.

Suppan, den Studierenden der AUB als Historiker bestens bekannt, beschäftigte sich seinerseits mit einigen Fällen, die auch in Póks Buch abgehandelt werden: Die Anmerkungen Suppans waren durchweg anerkennend, zugleich stellte er weiterführende Fragen, so in Zusammenhang mit Póks Studie über die Staatsstruktur und das Verwaltungssystem des Habsburgerreichs sowie mit der an Jenő Szűcs anschließenden Arbeit über Eu-



ropas historisch entstandene Regionen; ebenso befasste er sich mit Póks These, dass bzgl. politischer Misserfolge im östlichen Europa oft „Sündenböcke“ gesucht und verantwortlich gemacht würden.

Eine lebhafte Diskussion über Volksabstimmungen in der Geschichte, bei denen es um Grenzziehungen ging, bildete das Ende des offiziellen Teils der Veranstaltung. Ein Empfang schloss den durch die AUB, das Europa Institut Budapest und das Institut für Geschichtswissenschaft im Forschungszentrum für Humanwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gemeinsam veranstalteten Abend ab.

Henriett Kovács

Deutschland als Bildungs- und Wissenschaftsstandort

Vom Humboldt'schen Bildungsideal und der Attraktivität deutscher Universitäten

Am 24. Februar 2015 hielt der Leiter des Referats *Deutsche Studienangebote in Europa und Zentralasien* des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Dr. Andreas Hoeschen, einen Vortrag zum Thema *Hochschulstandort Deutschland*. Die Veranstaltung fand im

Rahmen der Ringvorlesung *Public Diplomacy* statt und wurde von der Fakultät für Internationale Beziehungen an der AUB organisiert.

Hoeschen ging es v. a. um die Charakteristika und Besonderheiten des deut-

schen Wissenschafts- und Hochschulsystems im internationalen Vergleich. Zentraler Bezugspunkt waren hier die Unterschiede zum angelsächsischen Hochschulsystem und den Bildungstraditionen der USA: Dabei meine der Begriff „Hochschule“ nach deutschem Ver-

ständnis die klassischen Universitäten und Fachhochschulen (FH), im 20. Jahrhundert entwickelten sich letztere Fachrichtungen entsprechend. Deutsche Universitäten seien vom Humboldt'schen Bildungsideal geprägt: Forschung und Lehre, v. a. aber ihre Autonomie stehe im Mittelpunkt des Interesses und damit der sowohl inhaltlichen als auch organisatorisch-strukturellen Bemühungen. Neben der Möglichkeit der Erlangung des Doktorgrades und der Habilitation würden Universitäten ein breites Spektrum wissenschaftlicher Disziplinen anbieten. Indes seien FHs in Forschung und Lehre praxisorientierter als Universitäten; sie besäßen des Weiteren (noch) kein Promotionsrecht. Die prozentuale Verteilung aller Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen zeige, dass Universitäten beliebter seien als Fachhochschulen: Insgesamt würden ungefähr nur halb so viele Studierende ihr Studium an Fachhochschulen absolvieren, so Hoeschen. Dennoch hätten die Fachhochschulen in den letzten Jahren deutlich an Popularität gewonnen und hätten so – in Relation gesehen – einen großen Zulauf erhalten. Ob dieser Trend weiter anhalten würde und wie sich der Status der FHs etwa in der Frage des Promotionsrechts zukünftig entwickeln würde, bleibe abzuwarten.

Hauptcharakteristika des deutschen Hochschulsystems sei die größtenteils

staatliche bzw. öffentliche Finanzierung: Rund 97 Prozent aller Studierenden in Deutschland würden eine staatliche Hochschule besuchen. Gerade in diesem Punkt unterscheide sich das deutsche System von anderen Modellen. Im Wesentlichen liege die Gestaltung der Hochschulpolitik in der Kompetenz der Bundesländer, obgleich die Hochschulen sich im Sinne der Selbstverwaltung weitgehend autonom organisieren würden und inhaltliche wie strukturelle Entscheidungen eigengesteuert treffen würden.

Internationalisierung deutscher Hochschulen

Einen weiteren Kernpunkt des Vortrages bildete das Thema „Internationalisierung“ deutscher Hochschulen: Das wesentliche Ziel, welches der DAAD hier verfolge, sei es, den Hochschulstandort Deutschland für ausländische Studierende zunehmend attraktiver zu gestalten. Im internationalen Vergleich liege Deutschland heute – nach den USA und Großbritannien – auf dem dritten Platz der beliebtesten Ziele ausländischer Studierender. Zentrale Strategie zur Verfolgung dieses Zieles müsse es daher sein, die englischsprachige Lehre in Deutschland, als auch deutsche Sprachangebote im Ausland zu verbessern, so Hoeschen. Das freizü-

gige Aufenthaltsrecht für ausländische Studierende und der Verzicht auf Studiengebühren würden weitere Faktoren der Attraktivität für Studierende aus dem Ausland darstellen.

Hoeschen betonte des Weiteren die Bedeutung von universitätsunabhängigen Forschungsinstituten wie etwa der Leibniz-Gesellschaft oder dem Robert-Koch-Institut. Er verwies dabei v.a. auf die zentrale Wichtigkeit der Kooperation dieser Institute mit Universitäten. Das Potenzial solcher Forschungseinrichtungen hält Hoeschen für „enorm“ und er erinnerte daran, dass diese in der Wissenschaft ein internationales Spitzenniveau erreichen würden.

Hoeschen beleuchtete abschließend mit der „Exzellenz-Initiative“ eine Neuerung, mit der die Qualität des deutschen Hochschulstandorts aufgewertet werden könne: Von dieser Initiative hätten ca. 2/3 aller deutschen Hochschulen profitiert, wodurch sich Deutschland heute immer noch durch ein relativ gleichwertiges Niveau zwischen einzelnen Universitäten bzw. Fachhochschulen untereinander auszeichnen würde.

Im Anschluss an den Vortrag fand eine Diskussion statt, in welcher etwa der Bologna-Prozess sowie soziale Probleme von Studierenden in Deutschland (Wohnbedingungen in Universitätsstädten u. ä.) aufgegriffen wurden.

Eberhard Beck

„Denn dies ist das Interesse des Landes“

Ehemaliger ungarischer Ministerpräsident Miklós Németh an der AUB

Der Spiegelsaal der AUB war am 26. Februar Schauplatz eines zeithistorischen Rundtischgesprächs. Bei der Vorstellung des biographischen Interviewbuchs „Denn dies ist das Interesse des Landes“ von Prof. Dr. Andreas Oplatka über Miklós Németh, den Ministerpräsidenten der Wendejahre 1988 bis 1990, diskutierten der Historiker Ignác Romsics, János M. Rainer (Leiter des 56-er-Instituts) sowie der bekannte Journalist und Pressehistoriker József Martin mit den beiden Autoren. Moderiert wurde die Runde von Dr. Henriett Kovács, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der AUB.



Miklós Németh stellte sich den Fragen des Publikums und gab dabei auch bisher unbekannt Details aus seiner Regierungszeit preis.

Das Buch wurde Ende Oktober 2014 veröffentlicht und stand zweieinhalb Monate lang weit vorne auf den ungarischen Bestsellerlisten. Entsprechend groß war das Interesse des Publikums.

Die Eröffnungsfrage ging an die Autoren. Sie sollten erläutern, warum das Buch jetzt und in dieser Form erschienen sei. Németh räumte ein, dass er sich in den letzten 25 Jahren wenig zur ungarischen Politik geäußert habe, was sich zum Teil auch damit erkläre, dass es ihm als Vizepräsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London (EBRD) in den Jahren von 1991 bis 2000 gemäß den Statuten der Institution verwehrt blieb, politisch Stellung zu nehmen. Oplatka erklärte die etwas seltsame Struktur des Buches mit der kurzen Entstehungszeit: Es handele sich um eine Mischung aus Autobiographie und Biographie; in der letztgenannten kommen unter anderem György Jenei, Berater von Németh während seiner Präsidentschaft, sowie mehrere Zeitzeugen zu Wort. Zu ihnen gehörten auch die drei weiteren Diskussionsteilnehmer.

Auf die Frage der Moderatorin, inwiefern diese drei Gäste teilweise andere Meinungen über die Gründe und den Verlauf der Wende 1989 vertreten würden als der damalige Ministerpräsident, erläuterten diese in groben Zügen, was sie im Buch gerne stärker betont gesehen hätten. So hätte Romsics den internationalen Rahmen des Systemwechsels mehr in den Fokus gestellt: Der Niedergang der Sowjetunion bilde die Rahmenbedingungen, in der die Wende möglich geworden sei, so Romsics. Rainer vermisste einen tiefergehenden Einblick in die Zerrissenheit und Zweifel der führenden Persönlichkeiten der spätkommunistischen Zeit, während Martin – selbst etwas älter als Németh – auf seine anders gearteten Studienerinnerungen von der Karl-Marx-Universität für Wirtschaftswissenschaften (heute Corvinus Universität Budapest) in den 60er-Jahren hinwies.

Németh antwortete überaus ausführlich, was das zahlreich erschienene Publikum sichtlich genoss: Hier sprach jemand, der Einblicke in für Außenstehende kaum bekannte Details in die inneren Zirkel der damaligen Macht gab. Er berichtete über die äußerst schwierigen Bedingungen, unter denen im hochverschuldeten



Die Diskussion wurde simultan gedolmetscht, sodass auch nichtungarischsprachige Gäste die Möglichkeit hatten, Fragen an Németh und die anderen Teilnehmer zu richten.



Henriett Kovács moderierte die Podiumsdiskussion und stellte dabei das Buch von Andreas Oplatka (links) vor.

Ungarn der 80er-Jahre die Wirtschaftspolitik gestaltet und gegen ideologischen Widerstand verteidigt werden musste. Der sowjetische Parteichef Gorbatschow, wie Németh ausführte, zeigte sich zwar 1989 den ungarischen Reformwünschen gegenüber aufgeschlossen, aber niemand vermochte damals zu sagen, wie fest die Position des Generalsekretärs wirklich gewesen war. Das Verständnis für das Unabhängigkeitsstreben der ostmitteleuropäischen Länder kannte auch in den westlichen Hauptstädten Grenzen, und die Perspektive der deutschen Wiedervereinigung löste nicht überall Freude aus (z.B. Frankreich und England), so Németh.

Rainer, ein guter Kenner der Quellenlage, bezeichnete die vorhandene Dokumentation der Wende in den ungarischen Archiven als verhältnismäßig gut, wies aber auf die vernichteten

Unterlagen der Staatssicherheit als ein ethisch-politisches Problem hin. Auf Martins beharrliche Frage erzählte der frühere Ministerpräsident ein bisher unbekanntes Detail der Wendezeit: Es träfe zu, dass Németh, der die Kompetenz der Opposition damals für ungenügend hielt und sich deshalb im Interesse des Landes eine längere Zeit der Ablösung gewünscht hätte, dem Vorsitzenden des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF), József Antall, im Dezember 1989 die Möglichkeit einer frühzeitigen Koalition, das heißt den Eintritt in seine eigene Regierung angeboten hatte. Németh zeigte jetzt ein gewisses Verständnis dafür, dass die Opposition das Angebot damals zurückgewiesen hat, da sie nicht bereit war, die Verantwortung für die damalige bedrückende Wirtschaftslage mitzutragen.

Henriett Kovács

Aufgaben eines Kulturinstituts im Gastland

Das Goethe-Institut als Fallbeispiel

Im Rahmen der Ringvorlesung *Public Diplomacy* und der Lehrveranstaltung *Strategien in der Kulturdiplomatie* war die Leiterin des Goethe-Instituts Budapest, Frau Jutta Gehrig, am 10. März 2015 Gast an der AUB.

Anhand konkreter Projektmaßnahmen der deutschen auswärtigen Kulturpolitik in Ungarn stellte Gehrig das institutionelle Gefüge und die strategische Ausrichtung der deutschen Kulturinstitute im Ausland vor. Die Bedeutung der Kulturdiplomatie nehme innerhalb der deutschen Außenpolitik an Bedeutung zu, so Gehrig. So zeichnete sie die Entwicklungslinie der Kulturdiplomatie von der Lancierung unter Willy Brandt bis hin zu Essentialisierung durch Frank Walter Steinmeier nach und machte so jene Tradition sichtbar, in der auch heutige Bemühungen stünden. Seinen Bedeutungszuwachs wiederum erlange das Goethe-Institut durch die konsequente Implementierung seines Leitbildes „*Sprache. Kultur. Deutschland.*“, das neben der selbstverständlichen Bekanntmachung deutscher Sprache und Kultur, auch die Vermittlung bundesdeutscher Interessen und Werthaltungen umfasse. Auf diese Weise würde eine nachhaltige und fundierte Imagepflege Deutschlands im weltweiten Ausland impliziert, wie Gehrig zu bedenken gab.

Im Aufgabenbereich der Sprachvermittlung könne das Goethe-Institut in zweifacher Hinsicht auf eine erfolgreiche Bilanz verweisen: Zum einen sei bei den Sprachkursen des Instituts weltweit eine steigende Nachfrage zu verzeichnen, zum

anderen ermöglichten die dadurch zusätzlich generierten Eigenmittel dem Goethe-Institut Unabhängigkeit und finanzielle Kontinuität. Sollten die öffentlichen Zuwendungen abnehmen, könne man im Falle des Goethe-Instituts durchaus von einer gewissen Krisenresilienz sprechen.

Ein zentraler Aufgabenbereich des Goethe-Instituts sei etwa die Sprachvermittlung, so Gehrig. Aus ihren Ausführungen ließ sich ableiten, dass sich die Kurse gerade im Fall Ungarns größter Beliebtheit erfreuten und die Nachfrage stets steige. Neben den seit Jahrhunderten engen und freundschaftlichen Beziehungen und Verwandtschaften der beiden Länder sei dies nicht zuletzt mit Werbekampagnen zu erklären, die das Ungarische mit der Zielsprache Deutsch verbänden. Aktuell werbe das Goethe-Institut in Ungarn etwa mit der charmanten Formulierung *Nem kunszt. Ugye?! Nem kunszt.*

In der Kulturarbeit wende sich das Goethe-Institut Budapest an die breitere Öffentlichkeit, gleichsam aber auch an ausgewählte Zielgruppen; hierbei ist es hervorragend vernetzt: Das deutschsprachige Filmfestival *Szemrevaló* finde jährlich in Kooperation mit dem Österreichischen Kulturforum und der Schweizerischen Botschaft in Ungarn statt und ziehe zahlreiche Besucher jeden Herbst ins *Művész mozi*. Im Rahmen der Talentförderung verfüge das Goethe-Institut über spezielle Programme für ungarische Nachwuchsmusiker. Der diesjährig fokussierte Slogan *Spiel* solle dazu beitragen, das mitunter steife Deutschlandimage durch moderne Ausstellungen und Events

abzutragen. Dabei werde deutlich, dass das Goethe-Institut sowohl auf Hochkultur als auch zeitgenössische Subkultur baue und diese fördere. Für die Qualitätssicherung der kulturellen Angebote seien dabei institutionalisierte Expertenbeiräte verantwortlich. Bei der Vermittlung eines modernen und offenen Eindrucks von der Bundesrepublik stünden die Aspekte Facettenreichtum und Vielfalt im Zentrum des Interesses: Nicht „*deutsche Kultur*“, sondern „*Kultur aus Deutschland*“ werde dem Ausland „angeboten“, wobei Herkunft und Staatsangehörigkeit der Künstler eine untergeordnete Rolle spielten, solange diese ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland hätten.

Im letzten Teil der Präsentation ging Gehrig auf die Steuerung und die institutionellen Besonderheiten des Goethe-Instituts ein. Dabei wurde vor allem die Rechtsform und das reformierte Verhältnis zum deutschen Auswärtigen Amt diskutiert. Bei der inhaltlichen und instrumentellen Konkretisierung und Implementierung der Zielvereinbarungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut verfüge Letzteres heute über wesentlich mehr Spielraum und Flexibilität als in der Vergangenheit.

In der abschließenden Diskussion thematisierte die Zuhörerschaft zusammen mit Gehrig den spezifischen Kulturbegriff, der der deutschen Kulturdiplomatie zu Grunde liegt und erörterte Chancen für Kulturinstitute kleinerer Staaten. Hierbei wurden die Möglichkeiten von Partnerschaften und das Wecken kultureller Neugier betont.

Lorenz Fischer

„Neue Dimensionen der generationellen Auseinandersetzung mit dem DDR-Staatssozialismus“

Vortrag von Volker Benkert

Am 17. März 2015 lud die Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) an der AUB in Kooperation mit der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (VSR) zu einem Vortrag von Volker Benkert (Arizona State University) ein. Die in der von Zsófia

Harsányi bestens betreuten Österreich-Bibliothek stattgefundenen Veranstaltung stieß auf reges Interesse und war entsprechend gut besucht. Nach Begrüßungsworten durch die Organisatorin Ursula Mindler-Steiner (MES) führte Prorektor Hendrik Hansen (VSR), der

auch die Moderation des Abends innehatte, kurz inhaltlich in das Thema ein. Er nam dabei Bezug auf autoritäre und totalitäre Systeme und die Bedeutung der Analyse von Prägungen, welche notwendig sei, um Transformationsprozesse zu verstehen.

Volker Benkert leitete seinen Vortrag mit einem kritischen theoretischen Überblick über die „Generationen-Forschung“ ein, ehe er den von ihm für seine Forschungen herangezogenen Generationenansatz vorstellte, bei dem er vor allem auf jene Personengruppe fokussierte, die um 1970 in der DDR geboren wurde und deren Erwachsenen-Sozialisation vollständig nach der Wende stattgefunden hatte.

„Biographien im Umbruch“ – sieben Sozialisationstypen

Anhand der Auswertung dieser „Biographien im Umbruch“ kristallisierten sich sieben „Sozialisationstypen“ heraus, welche im Folgenden ausführlich besprochen wurden: „Opfer der DDR“, „Verweigerung“, „doppelte Sozialisation“, „selbstbewusstes Ausverhandeln“, „Trennung von ‚normalem‘ Leben und staatlichen Diskursen“, „Pragmatismus“, „Glaube und Gewalt“. Dabei räumte Benkert ein, dass dies natürlich nicht automatisch auch für andere Regionen oder Länder anwendbar sei. Eine Kollegin, die dieselbe Altersgruppe in Polen untersucht, kam beispielsweise zu einem anderen Ergebnis und zu einer anderen Typeneinteilung.

Benkert verwies für seine DDR-Forschungen auf eine vorhandene synchrone Dimension (vorhandene verschiedene Sozialisationen in einer Alterskohorte)



Volker Benkert bei seinem Vortrag in der Österreich-Bibliothek György Sebestyén.

wie auch eine diachrone Dimension (Austausch verschiedener Altersgruppen) und plädierte dafür, mehrere generationelle Identitäten als Resultat derselben Generationenlagerung zu akzeptieren, das heißt Generationenetiketten zu vermeiden, da sie die Vielfalt von Sozialisationsmustern einer Kohorte unterschlagen, welche aber vorhanden ist, auch wenn die Sozialisation in einer vordergründig monolithischen DDR stattgefunden hatte. Diese gemeinsame Erfahrung, das gemeinsame Erleben einschneidender Geschichte, brachte demzufolge keineswegs eine generationelle Identität, eine „Generationeneinheit“, hervor. Darüber hinaus dürfen die sieben Sozialisationstypen nicht isoliert von älteren Kohorten, welche durchaus ähnliche Prägungen aufweisen (können), betrach-

tet werden – dies oft auch milieuspezifisch. Benkert sprach sich dezidiert für eine Auflösung der „Etikettierung“ der Generationen aus und betonte, dass nicht alle für die DDR festgestellten Phänomene automatisch generationenprägend gewesen sein mussten.

Es gelang dem Referenten, unterstützt durch die gut strukturierte und mit Karikaturen und Bildmaterial angereicherte Präsentation, die komplexe Materie übersichtlich und verständlich zu präsentieren, sodass sich der Abend sowohl für Studierende wie auch für Lehrende als kurzweilig und ausgesprochen informativ gestaltete, wovon auch die angeregte Diskussion im Anschluss an den Vortrag bereitetes Zeugnis ablegte.

Ursula Mindler-Steiner

„Das ist ein Unicum!“

DoktorandInnenworkshop zu Selbst- und Fremdbildern Mitteleuropas

„Das ist ein Unicum“ soll laut der Legende Kaiser Joseph II. nach einem Schluck des bekannten ungarischen Likörs gesagt haben. Ein Unikum ist es auch, dass am 19. und 20. März sieben MA-Studierende, sieben PhD-Studierende der AUB sowie vier externe DissertantInnen zusammen kamen, um im Rahmen eines Seminars, das mit einem Workshop zur gleichen Thematik, nämlich Selbst- und Fremdbilder in Mitteleuropa kombiniert war, zu diskutieren. Auch der Unicum selbst war hierbei Bestandteil.

Prof. Dr. Frank Stern sowie die Doktorandinnen Daniela Javorics und Katharina Haberkorn organisierten die Veranstaltung mit dem Ziel, anhand von visuellen Medien und Literatur einen Austausch zwischen

WissenschaftlerInnen, jungen ForscherInnen sowie Studierenden zu fördern. Dabei standen Alterität und Identität in fiktionalen und medialen Bildern im Mittelpunkt.

Medien und Literatur als Spiegel von Kultur und Gesellschaft

Die künstlerische Auseinandersetzung in visuellen Medien oder in literarischen Werken verdichtet und überspitzt Fragen der eigenen Identität und der Alterität. Im Aufeinandertreffen verschiedener Konstruktionen zeigen Selbst- und Fremdbilder eine bestimmende Wirkung und eine lange Tradierung in gesellschaftlichen Kontexten. Die Begegnung mit dem Anderen und

die Übersetzung des Anderen geben Rückschluss auf das Eigene. In mehreren Schritten näherte sich der DoktorandInnenworkshop diesem Themenkomplex. Der Schwerpunkt lag auf der Verarbeitung dieser Fragen im Raum Mittel-, Süd- und Osteuropa anhand kulturhistorischer Herangehensweise.

In einem Grußwort verwies AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát auf die Bedeutsamkeit der Themenstellung, die aufgrund der Migration und Re-migration als neue Herausforderungen der europäischen Gegenwart gesehen werden kann. Selbst- und Fremdbilder wirken heute weniger in der Literatur sondern in den Medien, weswegen die Verbindung beider Elemente im Workshop erfreulich sei.

Besuch im UNICUM-Museum

Am ersten Tag wurden vorerst theoretische Grundlagen erarbeitet, so die Themen des Unheimlichen, des Fremden, der Sexualitäten sowie der Bildpolitiken. Für Abwechslung sorgte der Besuch im UNICUM-Museum der Familie Zwack, deren Unternehmensgeschichte entpolitisiert durch einen Film und ein Museum vermittelt wird und damit im Kontrast zu der filmischen Bearbeitung des historischen Materials durch den Regisseur István Szabó steht.

Der zweite Tag stand im Zeichen der konkreten Anwendungen der Theorien. Dr. Orsolya Lénárt eröffnete den Tag mit Betrachtungen zu narrativen Selbst- und Fremdbildern mit Ungarnbildern aus der Literatur. Darauf folgend legte Judit Klein, Doktorandin der AUB und Filmemacherin, einige Aspekte zur visuellen Kultur in Ungarn mit Beispielen des öffentlichen Fernsehens in Ungarn dar.

Antonela Gyongy (Cluj-Napoca) stellte „Das schwankende Selbstbild des Sozialismus in der Tauwetterperiode“ vor. Die filmischen Konstruktionen des Widerstandskämpfers in Rumänien und der DDR geben Rückschlüsse auf zeitnahe Diskurse und auch Veränderungen im Sozialismus.

Andreas Filipovic (Florenz/ Wien) gab in seinem Beitrag „PartisanInnenfilme: Zum Wandel der Auseinandersetzung mit dem Volksbefreiungskrieg im jugoslawischen Spielfilm – antifaschistische Erinnerungsarbeit als sozialer Prozess“ einen Längsschnitt über die filmische Erinnerung und deren Veränderung an den zweiten Weltkrieg in jugoslawischen Spielfilmen von den 1940ern bis in die 1970er Jahre. Da drei Viertel der jugoslawischen Spielfilmproduktion „PartisanInnenfilme“ waren, lässt sich daraus der Wandel des Bildes der PartisanInnen und der anderen AkteurInnen nachzeichnen.

Klaudija Sabo (Wien) zeigte „Das Bild der Anderen in kroatischen künstlerischen Produktionen nach Tito“. Hierbei standen Fragen der kroatischen Darstellungspolitiken im Zentrum. Bedeutsam ist dabei, inwiefern das Bild des Anderen zunächst dem Primat der Staatsbildung dient und inwiefern dies unter dem Imperativ der Ent-Jugoslawisierung, der historischen Rückprojektion von Eigenstaatlichkeit, der Abgrenzung von süd-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops vor der Destillerie von Zwack UNICUM.

slawischen Gemeinsamkeiten und einer „Rückkehr“ nach Mitteleuropa steht.

Roxana Stonescu (Cluj-Napoca) betrachtete in ihrem Vortrag „Architektur und Bildhauerei vor und nach der Wende: Spiegel totalitärer Herrschaft“. Im Zentrum stand dabei die Analyse des urbanen Raums im kommunistischen Rumänien.

Katharina Haberkorn (Budapest) widmete sich im Bereich der visuellen Kultur dem Thema „Mitteleuropa und Kulturtransfer in Bewegung“, welches mittels Tony Gatlifs Film „Transylvania“ analytisch erfasst wurde. Dieser bietet die Möglichkeit, das Eigene im Fremden sowie vielfältige Überlagerungen der materiellen Kultur zu erfassen und (zu) eng gefasste Dichotomien aufzubrechen.

Daniela Neubacher (Budapest) stellte „Die unfassbare Nation. Warum eine genaue Definition der Österreicher scheitern muss und soll“ als Themenkomplex vor. Ausgehend von Wolfgang Liebeneiners Science-Fiction Film „1. April 2000“ und Robert Menasses Essay „Land ohne Eigenschaften“ wurden Selbst- und Fremdbildkonstruktionen in Österreich besprochen.

Daniela Javorics (Budapest) zeigte in ihrer Präsentation „Multiple Identitäten am (Nord-) Rand: Selbst- und Fremdwahrnehmung Österreichs“, wie aufgrund der Systemumbrüche und der scheinbar offenen Grenze mit dem Thema Fremdheit im Film „Nordrand“ von Barbara Albert umgegangen wird. Hier überschneiden sich örtliche und gesellschaftliche Ränder der Gesellschaften Wiens einerseits mit

der versuchten Fixierung der Grenzen durch staatliche Gewalt andererseits.

Abschließend fand eine Filmvorführung des Films „Sunshine. Ein Hauch von Sonnenschein“ (1999) von István Szabó statt. Der Film thematisiert das Schicksal einer jüdischen Familie in Ungarn der letzten 150 Jahre in einem Historiendrama. Der Regisseur vermischt seine eigene Familiengeschichte mit dem Familienunternehmen Zwack. Selbst- und Fremdbilder Mitteleuropas spielen im Film ebenso eine Rolle wie die fiktionale Aufarbeitung des „Zeitalters der Extreme“ und stehen damit im Kontrast zum Werbefilm der Familie Zwack. Dies bot Anlass, fiktionale und autobiografische Lebenszeugnisse analytisch zu erfassen und die Kenntnisse der Stadt Budapest um eine Attraktion zu bereichern.

*Katharina Haberkorn
und Daniela Javorics*



Erinnern, gedenken, ehren?

*Der Präsident des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V.
zur europäischen Erinnerungskultur*



Markus Meckel über die Bedeutung der „Versöhnung über den Gräbern“ und das gemeinsame Erinnern.

Am 9. April 2015 referierte Markus Meckel, Präsident des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V., im Andrásy-Saal zum Thema *Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg als Herausforderung europäischer Geschichtspolitik*. Sein Vortrag ermöglichte den Besuchern der Veranstaltung einen vielschichtigen Zugang zu dieser überaus sensiblen Thematik.

Nach einer Begrüßung und den einleitenden Worten des Rektors der AUB, Prof. Dr. András Masát, fokussierte der auch international vielfach ausgezeichnete Referent in seinen Ausführungen v. a. auf das gemeinsame Erinnern und die gemeinsame Begegnung mit der Geschichte im heutigen Europa. 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sei nun endlich ein gesamteuropäischer Kontext für das Gedenken möglich, so Meckel. Endlich, weil die Nachkriegszeit in den Ländern Mittel- und Osteuropas in letzter Konsequenz erst mit den EU-Beitritten 2004 zu Ende

gegangen sei. Des Weiteren könnten Erinnerungskultur, Geschichtsaufarbeitung und angemessene Reflexionen erst seit der Wende 1989 ihren Platz in der jeweiligen Öffentlichkeit finden, wie Meckel zu bedenken gab.

„Versöhnung über den Gräbern“

Für die historisch-politische Erinnerung sei, so Meckel, die junge Generation von immenser Bedeutung: Konkrete Projekte des Volksbundes im Jugendbildungsbereich richten sich an Schüler und Studenten – gerade auch auf internationaler Ebene, wie etwa in enger Zusammenarbeit Deutschlands mit Ungarn, Polen oder Tschechien. „Versöhnung über den Gräbern“ sei, wie aus den Ausführungen Meckels deutlich wurde, weit mehr als das Motto der Arbeit seiner Vereinigung. Vielmehr ginge es hierbei um den zentralen europäischen Erinnerungsprozess, der persönliche Lebensgeschichten zahlreicher Familien ebenso betreffe wie historische, politische

und kulturelle Bildung in Schule und Universität. Hierbei handele es sich v. a. um eine „intensive kommunikative Arbeit“, wie Meckel unterstrich, welche aufzunehmen, durchzuführen und zukunfts tragend zu gestalten es wohl insbesondere des gegenseitigen Verständnisses durch Kenntnisgewinn und Begegnung bedürfe. Auf Grund ihrer geographischen Lage im Herzen Mitteleuropas könne die AUB dabei als Universität einen besonderen Beitrag leisten, gleichsam auch auf Grund ihres einmaligen Profils. Unserer Kommilitonin Viktória Blahó dankte er für ihre Mitwirkung an der Vorbereitung eines deutsch-ungarischen Soldatenfriedhofs, der im September dieses Jahres übergeben wird.

Differenzierung und achtsamer Umgang mit Soldatenschicksalen

Meckel schätze die historische Arbeit der Kriegsgräberfürsorge gerade auch deshalb, weil er im Umfeld seiner Aufgaben stets viel hinzulernen. Er erinnerte an den 70. Todestag Dietrich Bonhoeffers und ermutigte gerade auch aus diesem Anlass zur Differenzierung und zum achtsamen Umgang mit den Soldatenschicksalen im Zweiten Weltkrieg: Es sei unbedingt, so der Referent, die Einzelperson in ihrer individuellen, im Krieg oft dramatischen und existentiellen Situation zu sehen. Die biographisch-menschliche Aufarbeitung und nicht das „Schwarz-Weiß-Malen“ sei es, was Europa für die Klärung der Geschehnisse vor 70 Jahren brauche. Den Einzelnen zu betrachten sei „der Bildungsauftrag, vor dem wir heute stehen“, sagte Meckel. Die drei Hauptaufgaben sah der Präsident des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V. hierbei in der Ehrlichkeit, in der klaren Benennung von Zusammenhängen sowie in der Wahrnehmung von Dingen, „die wir bisher noch nicht wahrgenommen haben“.

Ágnes Katharina Wörster

PhD-Methodenworkshop 2015

Erster von DoktorandInnen durchgeführter PhD-Methodenworkshop an der AUB zu qualitativen und quantitativen empirischen Methoden



Der Workshop fand in den historischen Räumen des Festetics-Palais statt.

Am 9. April 2015 fand erstmals ein PhD-Methodenworkshop an der AUB statt. In diesem von den netPOL-Studierenden Gerda Füricht-Fiegl, Rosemarie Nowak und Markus Patscheider organisierten Workshop wurde ein Wissenstransfer unter KollegInnen in einer ungezwungenen Atmosphäre ermöglicht. Studierende, welche sich bei ihrem Dissertations-Vorhaben bereits länger mit verschiedenen wissenschaftlichen Methoden beschäftigt haben, ließen ihre KollegInnen an ihrem Erfahrungsschatz teilhaben. Das Themenspektrum reichte von der Auswahl der richtigen Methodik bis hin zur korrekten Anwendung verschiedener Instrumente.

Bei dem halbtägigen Workshop wurden folgende vier Methoden von den Dokto-

randInnen präsentiert: ExpertInneninterviews (Gerda Füricht-Fiegl), Qualitative Interviews (Beáta Markus), Qualitative und quantitative Inhaltsanalyse (Rosemarie Nowak) sowie Quantitative Forschung (Janina Apostolou). Zudem hielt Lelle Gulyás von der AUB einen informativen Vortrag zum Thema „Der Weg zum Dokortitel“, bei welchem die Anforderungen bis zum Abschluss des PhD-Studiums besprochen wurden. Die Einzelheiten zum Absolutorium, zur Eröffnung des Promotionsverfahrens, zum Rigorosum und zur Disputation wurden erläutert. Auch Christina Griessler, zuständig für die Studierenden innerhalb der netPOL-Plattform, stand für Fragen zur Verfügung.

Abgeschlossen wurde der Workshop im Lokal „Muzikum“, wo es die Mög-

lichkeit zur persönlichen Vernetzung und zum direkten Austausches gab.

Die Idee zum Workshop entstand, da viele PhD-Studierende zu Beginn ihres Studiums vor unterschiedlichsten Herausforderungen stehen. Neben der Definition und Abgrenzung ihres Forschungsgebietes, der Orientierung in der Fachwelt und diversen bürokratischen Aufgaben, betrifft dies im Speziellen das Arbeiten mit den verschiedensten wissenschaftlichen empirischen Methoden, mit welchen bisher selbst gar nicht oder nur sehr selten gearbeitet wurde. Zwar bieten Einführungsveranstaltungen in die Thematik und DoktorandInnen-Kolloquien einen Einblick sowie Hilfestellungen, eine intensive Auseinandersetzung auch mit detaillierten und konkreten Fragen zu den einzelnen Methoden der Studierenden hilft aber auch bei der Bearbeitung des eigenen Dissertationsthemas.

*Gerda Füricht-Fiegl,
Rosemarie Nowak (netPOL)*



Die Beziehungen Israels zur EU

Ehem. Botschafter Shimon Stein zu den Fehlern europäischer Außenpolitik und Israels Strategie

Der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland Shimon Stein gab am 14. April 2015 im Andrássy-Saal der AUB einen Überblick über aktuelle Themen und Herausforderungen der europäischen und israelischen Außenpolitik: Dabei verglich er die Ansätze der EU mit denen Israels. Stein kritisierte u. a. die „Megaphone-Diplomatie“ der EU und die fehlende Strategie des Staatenverbunds für den „Ernstfall“ wie z. B. den Arabischen Frühling 2011 oder aktuell die Krise

in der Ukraine. Die EU sehe sich vor allem als normative Macht und propagiere stark ihre Werte in der Außenpolitik, habe aber keine Strategie zur tatsächlichen Umsetzung dieser Werte. Dadurch würden der EU in ihrer Außenpolitik in Bezug auf den Umgang mit Aggressoren wie z. B. Russland nur begrenzt Instrumente zur Lösung zur Verfügung stehen: Klassischerweise wähle die EU hier die Diplomatie bzw. den Dialog als Ansatz.

Israel dagegen würde dieser Ansatz

häufig nicht zur Verfügung stehen: Hier spiele vor allem die „Existenzfrage“ eine entscheidende Rolle, mit der Israel seit seiner Gründung immer wieder konfrontiert sei. Deswegen sei Israels Außenpolitik deutlich aggressiver, aber auch strategischer, denn die Verantwortlichen würden sich viel öfter mit der Frage „Was passiert, wenn alle friedlichen Mittel ausgeschöpft sind?“ auseinandersetzen, so Stein. Mit Blick auf die Parlamentswahlen im März 2015 und den „Rechtsruck“

in der Politik formulierte er als neue und alte Herausforderungen die derzeit belasteten Beziehungen zu den USA, den Konflikt mit Palästina, die Bedrohung durch den Iran und das Problem der z. B. durch den Terror des Islamischen Staates geschwächten Nachbarn Israels.

Gleichzeitig wies er aber auch auf die Gefahren der derzeitigen Siedlungspolitik Israels hin, die seiner privaten Ansicht nach der Demokratie und dem Ansehen Israels weiter schaden würden und plädierte für neue Lösungsansätze. Gerade dieses Thema sei ein ständiger Streitpunkt in den europäisch-israelischen Beziehungen. Allerdings warnte er davor, die europäische wirtschaftliche Kraft als „Hebel“ nutzen zu wollen, um Israel zu einer bestimmten Politik in Bezug auf



AUB-Prorektor Hendrik Hansen (links) begrüßt Shimon Stein (rechts) in Begleitung des Botschafters des Staates Israel in Ungarn Ilan Mor (Mitte).

die Palästina-Frage zu zwingen. Israel sehe die EU zwar als „wirtschaftliches Hinterland“ und strategischen Part-

ner, allerdings orientiere man sich gerade in Bezug auf Wirtschaftsbeziehungen auch nach Asien.

„Niemand wird als Demokrat geboren“

Vortrag von Frank Spengler (KAS) zu den Aufgaben deutscher politischer Stiftungen

Am 14. April 2015 stellte Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (KAS) in Budapest, die Aufgaben deutscher politischer Stiftungen am Beispiel der KAS vor. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Ringvorlesung *Public Diplomacy und Auswärtige Kulturpolitik: Strukturen, Herausforderungen und Perspektiven* und der Lehrveranstaltung *Strategien in der Kulturdiplomatie*

statt und wurde von der Fakultät für Internationale Beziehungen an der AUB organisiert.

„Werden Menschen in einer Gesellschaft automatisch als Demokraten geboren?“ – zu Beginn seiner Ausführungen wandte sich Spengler mit dieser Frage unmittelbar an die Zuhörenden. Nach einstimmiger Verneinung durch das Auditorium machte er deutlich, dass eben jene Erkenntnis

der Gründungsgedanke der deutschen politischen Stiftungen gewesen sei. Anschließend stellte Spengler heraus, dass diese Einsicht heutzutage zwar simpel, gar banal erscheinen möge, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der deutschen Bevölkerung aber nicht unbedingt für selbstverständlich erachtet worden sei. Es mussten daher Mittel und Wege gefunden werden, um jede Generation neu für die Demokratie zu gewinnen. Dies habe zur Entste-



Frank Spengler bei seinem Vortrag im Andrassy-Saal.

hung der ersten politischen Stiftungen mit dem Auftrag zur politischen Bildung und dadurch zur langfristigen Bewahrung der Demokratie geführt.

Die politischen Stiftungen konnten auf diese Weise schnell fester Bestandteil der deutschen politischen Kultur werden, so Spengler. Heute arbeite jede der im Bundestag vertretenen Parteien mit einer Stiftung zusammen, die ihren politischen Grundsätzen und Werten nahestehe. Der Auftrag zur politischen Bildung der Bevölkerung würde den Stiftungen durch das Grundgesetz verliehen, erläuterte Spengler. Danach skizzierte er kurz die allgemeinen, rechtlichen und finanziellen Strukturen der deutschen politischen Stiftungen und stellte am Beispiel der KAS die spezifischen Arbeitsfelder der Stiftungen vor.

Kernaufgaben der KAS seien demnach die Förderung von Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit im Einklang mit den christlich-demokratischen Werten. Die Idee, diese Werte gekoppelt mit dem Auftrag zur politischen Bildung auch im Ausland zu ver-

treten, sei 1962 nach entsprechenden Vorüberlegungen in die Gründung des *Instituts für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung* gemündet, wie der Leiter des Budapester KAS-Büros erläuterte. Die Umsetzung der Idee habe nicht lange auf sich warten lassen, sodass die KAS kurz nach der Kubakrise ihr erstes Auslandsbüro in Lateinamerika habe eröffnen können. Im Laufe der 1960er Jahre habe sich die Auslandsarbeit zu einem zentralen Aufgabenbereich der Stiftungen entwickelt, so Spengler. Seitdem setze sich die KAS weltweit für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie für die Stärkung sozialer und marktwirtschaftlicher Strukturen ein.

Anschließend erklärte Spengler, dass die Auslandstätigkeit der Stiftungen mehr als gemeinnützige Arbeit sei: Sie werde von der Bundesrepublik Deutschland vielmehr als ein komplexeres Element der deutschen Außenpolitik betrachtet, weil politische Stiftungen oft auch in Bereichen tätig seien, in denen Botschaften keinen bzw. nur wenig Einfluss hätten.

In der abschließenden Diskussion beantwortete Spengler Fragen der Studierenden: Auf die Frage etwa, was er für die Situation Ungarns hinsichtlich der weiteren Demokratisierungsförderung vorschläge, sagte er, dass er für alle ehemaligen Transformationsländer stets die Wichtigkeit von Bildung betone. Laut Spengler sollten diese Länder politische Bildung als eine Investition in ihre Zukunft betrachten, um die Nachhaltigkeit ihrer Demokratien zu sichern. Er betonte gerade auch, dass die Aktualität der Auftragsmission der Stiftungen sich seit ihrer Gründung wenig geändert habe. Krisenherde wie derzeit in Teilen der Ukraine zeigten immer wieder, dass Demokratieförderung und politische Bildung auch im heutigen Europa relevant blieben.

Kinga Fodor



ExpAct-Workshop

Zielgruppe bewertet Online-Vermittlungsdienste für europäisches Projekt

Im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes „Experience keep people active – ExpAct“ fand am 16. April ein Workshop mit dem Titel „Internetplattform zur Vermittlung beruflicher und ehrenamtlicher Tätigkeiten für aktives Altern“ an der AUB statt. Ziel des Workshops war es, den Gedankenaustausch mit älteren Personen zum Thema Erfahrungserhalt und -weitergabe anzuregen und ihre Bedürfnisse bezüglich Onlineplattformen besser kennenzulernen.

Zu diesem Zweck wurden mehrere in Ungarn existierende Online-Vermittlungsdienste mit Hilfe eines Fragebogens bewertet. Anschließend wurden in einer Diskussionsrunde die Wünsche und Vorstellungen der Teilnehmenden hinsichtlich der im europäischen Projekt zu entwickelnden Internetplattform für die (Re-)Aktivierung von Personen über 55 Jahren vorgestellt. Die Ergebnisse des

Workshops fließen in die Projektarbeit ein und stellen eine nützliche Ergänzung zu den in den Partnerländern Schweiz, Österreich, Italien und Deutschland bereits stattgefundenen Gesprächen dar. Die ExpAct-Lösung kann dadurch noch besser an die Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer angepasst werden.

Das von der Europäischen Union finanzierte Forschungsprojekt „ExpAct“ läuft über zwei Jahre und wird von der AUB als Projektpartnerin durchgeführt. Das Projekt beschäftigt sich mit dem Erhalt und der Weitergabe von Wissen und Erfahrungen älterer Personen und richtet sich einerseits an Menschen, die Interesse haben, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten über das Erwerbsleben hinaus an andere weiterzugeben und andererseits an Unternehmen, die das Know-how der Generation 55+ aktiv nutzen möchten. Um das zu unterstützen,

wird im Rahmen von „ExpAct“ eine Internetplattform für Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen, Organisationen und Vereine aufgebaut.



Planspiel „Europäischer Ratsgipfel zur Zukunft der EU“

Trainerteam von „Planpolitik“ aus Berlin zu Gast

Vom 23. – 25. April 2015 fand in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Budapest ein Planspiel zum Thema „Zukunftsalternativen der EU“ an der AUB statt. Unter Anleitung des Trainerteams von „Planpolitik“ aus Berlin mussten die Studierenden im Rahmen einer simulierten Versammlung des Europäischen Rates lernen, wie sie unter Verhandlungsparteien mit unterschiedlichen Zielen die eigene Verhandlungsposition geschickt vertreten, um letztendlich den bestmöglichen Kompromiss erzielen zu können.

Zur Vorbereitung hatten die Studierenden die inhaltlichen Interessen des von ihnen vertretenen EU-Landes identifiziert und sich somit in die realen aktuellen Themen der Europäischen Union (z. B. zum Ukraine-Konflikt, zur Wirtschaftskrise oder zum Flüchtlingsdrama im Mittelmeer) eingearbeitet. Die Verhandlungen wurden sehr ernst- und lebhaft geführt und führten zu einer



Studierende bereiten sich auf die simulierte Ratssitzung vor.

intensiven Auseinandersetzung mit den strategischen Zukunftsoptionen der Europäischen Union und förderten auch die eine oder andere neue Idee über eine politischere Ausrichtung der EU zu Tage.

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Büro Budapest

*Text und Foto:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Budapest
(gekürzt durch
AN-Redaktion)*

Probleme der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn – die Bildungspolitik im Fokus

Workshopreihe im Rahmen des gemeinsamen Projekts von AUB, Hanns-Seidel-Stiftung und netPOL erfolgreich fortgesetzt

Im Rahmen des Projekts „Probleme der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn“ fand am 29. April 2015 ein zweiter Workshop statt, bei dem die Bildungspolitik im Zentrum des Interesses stand. Der Workshop gab Einblick in die Situation der Roma im ungarischen Bildungssystem. Anschließend wurden verschiedene Ansätze zur besseren Integration der Roma in das Bildungssystem vorgestellt und kritisch diskutiert. Dabei wurden sowohl Programme der ungarischen Regierung als auch Initiativen von NGOs thematisiert.

Nach den Grußworten des Rektors der AUB, Prof. Dr. András Masát, führ-

te Károly Czibere, Staatssekretär für soziale Angelegenheiten und Inklusion, die Leitgedanken des Tages in seinem Beitrag aus. Mit Blick auf die Herausforderungen der an die Roma gerichteten staatlichen Bildungsprogramme betonte Czibere, dass der ungarische Staat jede Form der Segregation ablehne und sich für ein integratives Bildungsmodell ausspreche. Anschließend stellten Renáta Fixl, Leiterin des Budapester Büros der Hanns-Seidel-Stiftung, und Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin der Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der AUB, die Ziele und Perspektiven des auf drei Jahre konzipierten Roma-Projekts vor.

„Integration ja, aber nicht in meinem eigenen Hinterhof“

Im ersten Panel referierten Dr. Ildikó Husz (Ungarische Akademie der Wissenschaften), Erzsébet Kovács-Vass (Klebsberg Intézményfenntartó Központ; Zuständiges Amt für die Verwaltung von Grund- und Mittelschulen in Ungarn), sowie dr. Adél Kegye von der Chance for Children Foundation (CFCF). Anhand einer Studie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften zu den 33 wirtschaftlich schwächsten Regionen Ungarns skizzierte Husz die aktuelle Bildungssituation der Roma in diesen Regionen. Als erfolgreiche Integrationsprozesse erschwerend beurteilte



Repräsentanten verschiedener ungarischer Institutionen diskutierten die Bildungspolitik in Bezug auf die Integration der Roma.

Husz v. a. die Praxis jener Eltern, die ihre Kinder entweder nicht in Schulen mit hohem Roma-Anteil anmelden oder sie aus solchen gar wieder herausnehmen würden. Das Motto laute hier „Integration ja, aber nicht in meinem eigenen Hinterhof“, so Husz.

Erzsébet Kovács-Vass wies auf die Differenzen in der Schulbildung zwischen Roma und Nicht-Roma hin: „22,3 Prozent der über 15-jährigen Roma brechen ihre Grundschulausbildung ab, dieser Anteil liegt unter den Nicht-Roma in der gleichen Altersklasse bei 4,5 Prozent“. Sie stellte die an die Nationalitäten gerichtete Bildungsstrategie des Zentrums Klebelsberg (kurz: KLIK) vor, die als minimales Ziel den Grundschulabschluss der Roma-Kinder festlege. Anhand von ungarischen Fallbeispielen wie der Schule in der Huszár-Siedlung in Nyíregyháza (Nordostungarn) machte Kegye in ihrem Vortrag auf die Gefahren von segregierter Schulbildung aufmerksam. Im Laufe der anschließenden Diskussion wurde gerade auch anhand einer entsprechenden Studie darauf aufmerksam gemacht, dass in integrierten Klassen und Schulen Schüler der Roma-Minderheit auf die Leistungen der Mehrheit keine negative Auswirkung haben.

Internationales Panel und Projektbörse

Das internationale Panel wurde von Vera Messing (Ungarische Akademie der Wissenschaften/Central European University) eingeleitet, die die Ergebnisse von internationalen Studien vor-

stellte. Sie hob hervor, dass „der ‚gap‘ zwischen Roma und Nicht-Roma mit Hinsicht auf ihre Schulbildung erst in der Oberstufe anfängt“. Vor diesem Hintergrund formulierte sie die Frage, ob es zielführend war, das Ende der Schulpflicht auf das 16. Lebensjahr zu reduzieren. Zudem betonte sie, dass Integration nicht bedeuten solle, Kinder „zusammenzumixen“. Messing wies auf die Thematik des ersten Workshops mit dem Themenschwerpunkt Wirtschafts- und Arbeitsmarkt hin und unterstrich nochmals das Ergebnis einer weiteren Studie, die für Ungarn in einem internationalen Vergleich mit fünf weiteren Ländern den höchsten Bildungsstand, jedoch die niedrigste Beschäftigungsrate der Roma ermittelte. Beata Bislim Olahová (Roma Education Fund) stellte in ihrem Vortrag die Arbeit des Roma Education Fund in Ungarn und 16 weiteren europäischen Ländern vor, bei dem sie sich das bildungspolitische Ziel „close the gap between Rom and Not-Rom“ gesetzt haben. MMag Dr. Andrea Brait von der Universität Wien stellte die Migrationsgeschichte und die derzeitige gesellschaftspolitische Situation der zwanzig- bis dreißigtausend in Österreich lebenden Roma vor und gab zu Bedenken, dass in den österreichischen Bildungseinrichtungen wenig über diese Minderheit unterrichtet werde. Der internationale Teil der Veranstaltung wurde von Stephan Müller (European Roma Rights Centre) moderiert.

Auf der von Melani Barlai (AUB/netPOL) und Margit Schütt (AUB)

moderierten Projektbörse stellten zivile und staatliche Akteure ihre bildungspolitischen Integrationsprojekte und -programme vor. Hierbei ging es primär um die Vorstellung neuer Initiativen, die die bildungspolitische Integration der Roma-Kinder würden ermöglichen und weiter etablieren können. Die Projektbörse verfolgte das Ziel, die anwesenden Vertreter zusammenzubringen und sie zu ermutigen, erste Gedanken über gemeinsame weitere Projekte zu formulieren.

Kontroverse Podiumsdiskussionen zum Abschluss

Die Konferenz endete mit zwei kontroversen Podiumsdiskussionen: Im ersten Gespräch, das von István Antal (Rektor des Jesuiten Roma Fachkollegs) moderiert wurde, standen allgemeine, alltägliche Integrationsprobleme in der Bildung der Roma im Fokus. Tibor Derdák (Direktor der Dr. Ámbédkar Fachmittelschule in Sajókaza bei Miskolc) betonte, dass in vielen Dörfern Ungarns der Anteil der Kinder rund 50 Prozent betrage (Landesdurchschnitt: 17 Prozent). „In diesen Dörfern hat Liebe eine andere Bedeutung“, so Derdák. Der Referent betonte die Bedeutung von Mittelschulprogrammen, die „dazu beigetragen haben, dass die Zahl der Schwangerschaften Minderjähriger zurückgegangen ist“. Judit Fegyverneky (Leiterin des Wohnheims des Gandhi-Gymnasiums in Pécs/Fünfkirchen) hob das Gandhi-Gymnasium als ein positives Beispiel für ein integratives Schulmodell hervor. Zugleich betonte sie die hohe Arbeitsbelastung der Pädagogen. Nóra L. Ritók (Vorsitzende der Igazgyöngy Stiftung) stellte an das Publikum die Frage: „Ist es richtig, dass Nicht-Roma auf der Grundlage von staatlichen Vorschriften in von Roma bewohnten Siedlungen die Roma-Identität formen?“ Sie wies ebenfalls darauf hin, dass man entscheiden müsse, ob Roma Minderheiten oder Nationalitäten seien. „Erst danach kann man die Bildungsstrategien bestimmen“, so Ritók.

Die zweite Podiumsdiskussion mit Vertretern der ungarischen Regierung moderierte Ellen Bos. Bzgl. der Frage, wie Roma-Kinder auf ihrem Weg des schulischen Erfolges unterstützt wer-

den könnten, sprach sich etwa Gábor Radványi, stellvertretender Bürgermeister des X. Bezirks in Budapest, für die Beschäftigung in Kleingruppen aus: „Der Staat muss diese Kinder mit zusätzlichen Unterrichtsstunden und mit adäquaten Unterrichtsmethoden unterstützen, damit sie nicht ‚abhandenkommen‘“. László Bogdán (Bürgermeister des unweit von Pécs/Fünfkirchen gelegenen Cserdi) betonte, dass man auf die Roma-Fragen nicht mit Emotionen antworten solle. Man dürfe nicht denken, dass „Roma im Bermuda-Dreieck ‚verschwinden‘ würden“. Katalin Langerné Victor (stellv. Staatssekretärin für Inklusion) hob hervor, dass es gut ausgebildeter Pädagogen bedürfe, und „dass wir Verbündete brauchen, die vor Ort zusammenwirken können“. Der stellvertretende Staatssekretär für Öffentliche Bildung Imre Sipos äußerte das Ziel der Regierung, „Cigány-Pädagogen- und Pädagoginnen“ auszubilden. Ellen Bos sprach das Schlusswort der Konferenz, in dem sie sich bei Referenten und Publikum für ihre aktive Teilnahme sowie bei den Organisatoren des erfolgreichen Workshops bedankte.

Erfolgreiches Projekt wird weitergeführt

Die Hanns-Seidel-Stiftung (Büro Budapest) und die AUB führen das Projekt zum Thema „Probleme der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn“ zusammen mit dem Internationalen und Interuniversitären Netzwerk politische Kommunikation (netPOL) durch. Im Rahmen des Projekts



Renáta Fixl, Leiterin des Budapester Büros der Hanns-Seidel-Stiftung.

sollen Forschungsarbeiten zum Thema realisiert und die Ergebnisse durch Veranstaltungen und Publikationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Integration der Roma-Minderheit gehört zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen in Ungarn und seinen Nachbarstaaten. Mit dem gemeinsamen Projekt soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die Inklusion der Roma-Minderheit in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Ungarn zu fördern. In der geplanten Projektlaufzeit von drei Jahren soll der Fokus auf folgenden thematischen Schwerpunkten liegen: Wirtschaft und Arbeitsmarkt; Bildungspolitik, Partizipation und Repräsentation, EU-Politik, Öffentliche Meinung, Migration.

Melani Barlai

 Hanns
Seidel
Stiftung



Independence Day: Time for a European Internet?

*Internationale Konferenz „Central and Eastern European
eGovernment and eDemocracy Days 2015“*

In Reaktion auf die zahlreichen Enthüllungen über Verletzungen der Privatsphäre und des Datenschutzes, die in jüngster Zeit gemacht wurden, werden momentan verschiedene Lösungsansätze diskutiert bzw. implementiert: EU-Datenschutzbestimmungen sollen auch extraterritorial gelten; deutsche Internetprovider bieten

Internet „Made in Germany“ an und aus Frankreich und Deutschland kommen Forderungen nach einem „europäischen Internet“. Ausgehend von diesen aktuellen Diskussionen wurde „Independence Day: Time for a European Internet?“ als Leitfrage für die am 7. und 8. Mai stattfindende internationale Konferenz „CEE eGov

& eDem Days 2015“ gewählt. Die Tagung bestand aus mehr als 20 Sektionen und Workshops, die an der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst Budapest (NKE) abgehalten wurden, sowie einer abendlichen Podiumsdiskussion an der AUB, die die Leitfrage „Time for a European Internet?“ zum Thema hatte.



Die Podiumsdiskussion zu „Time for a European Internet?“ im Spiegelsaal der AUB.

Workshops zu aktuellen Themen aus den Bereichen eGovernment und eDemocracy

Unter den mehr als 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung waren Wissenschaftler aus den Rechts-, Verwaltungs- und Politikwissenschaften und der Informatik und Informationstechnik sowie Experten aus der politischen und administrativen Praxis. In den Sektionen und Workshops der Konferenz wurden sowohl die Leitfrage der Tagung als auch allgemeine theoretische und praktische Aspekte des eGovernments und der eDemocracy behandelt und diskutiert. Die Themenschwerpunkte der Sektionen des ersten Konferenztages lagen bspw. auf „Citizen Information“, „Open Data“, oder „eGovernment and EU“. Parallel zu den Sektionen der Tagung fand der Workshop des European Committee on Democracy and Governance (CDDG) des Europarats statt, der von Dr. Alexander Balthasar (Leiter des Instituts für Staatsorganisation und Verwaltungsreform im Bundeskanzleramt Österreich) organisiert und durchgeführt wurde. Der CDDG-Workshop befasste sich mit der Nutzung von e-Tools im Rahmen der Bürgerbeteiligung und bot Wissenschaftlern sowie Regierungs- und Verwaltungsvertretern, die aus zahlreichen Mitgliedsstaaten des Europarats angereist waren, eine Plattform des Austausches.

Weitere Workshops der Tagung setzten sich mit Grundfragen des eGovernments und der eDemocracy ausein-

ander. In dem von Prof. Dr. Johannes W. Pichler (Professor für Europäische Rechtsentwicklung an der Karl-Franzens-Universität Graz; Direktor des Österreichischen Instituts für Europäische Rechtspolitik Salzburg) geleiteten Workshop „Participatory Democracy in the EU“ wurde u.a. das Verhältnis zwischen (in den EU-Vertragstexten formuliertem) Anspruch und der Wirklichkeit der elektronischen Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene beleuchtet. Der ebenfalls unter der Moderation von Prof. Dr. Pichler abgehaltene Workshop „The Dialogue on Values and Culture under Article 17 (3) TFEU“ setzte sich mit der Wertebasis der EU und des Dialogs über diese Werte auseinander. Weiterhin gab es einen gemeinsamen Workshop der AUB, der NKE und der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, in dem Studierende dieser Hochschulen Ergebnisse eigener Forschungsprojekte vorstellten.

Expertenrunde zu „Time for a European Internet?“

Am Ende des ersten Tagungstages diskutierten vier Experten aus Deutschland, Österreich und Ungarn unter der Moderation von Blaž Golob (GoForeSight Institute, Slowenien) im Spiegelsaal der AUB die Leitfrage der Tagung: „Time for a European Internet?“. In seinem Eröffnungsstatement führte Frederick Richter (Präsident der Bundesstiftung Datenschutz, Deutschland) aus, dass, bevor die

Frage „Time for a European Internet?“ beantwortet werden könne, geklärt werden müsse, was unter dem Begriff „europäisches Internet“ zu verstehen sei. Richters Auffassung, dass der Begriff „europäisches Internet“ schlechterdings als technisch-infrastrukturell getrenntes Internet verstanden werden könne, sondern sich auf die politisch-juristische Regulierungsdimension beziehen müsse, fand auf dem Podium einhellige Zustimmung. Claudia Luciani (Generaldirektion Demokratie im Generalsekretariat des Europarates) betonte, dass es sich beim „europäischen Internet“ nicht um eine „Firewall um Europa“ handeln könne, sondern nur um den Schutz der individuellen Privatsphäre und persönlicher Daten. Aus primär sicherheitspolitischer Sicht gingen Péter Siklósi (Stv. Staatssekretär für Verteidigungspolitik, Ungarn) und Friedhelm Frischenschlager (ehem. österreichischer Bundesminister für Landesverteidigung und MdEP) auf die politisch-juristische Regulierungsdimension des „europäischen Internets“ ein. Frischenschlager hob hervor, dass eine gemeinsame europäische IT-Strategie notwendig sei, um aktuellen Gefahren, wie bspw. dem Cyberkrieg, begegnen zu können. Siklósi stellte insbesondere die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten und den USA heraus. Eine verstärkte Trennung der elektronischen Kommunikation zwischen Europa und den USA, die seit dem NSA-Skandal nicht zuletzt in Deutschland gefordert wird, kann aus Sicht Siklósis nicht die Lösung sein. Cyberattacken – bspw. ausgehend von Russland oder China – oder auch die Rekrutierung von Dschihadisten über das Internet seien globale Herausforderungen, denen westliche Demokratien nur gemeinsam und in Kooperation begegnen könnten. „Die USA und Europa sitzen in dieser Sache im selben Boot!“, fasste Siklósi seine Position zusammen. Claudia Luciani betonte abschließend, dass Europa immer die Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte beachten müsse. „Wenn wir diesen Gefahren begegnen, dürfen wir die menschlichen Grundrechte nie aus dem Blick verlieren.“

Auszeichnungen für die besten Tagungsbeiträge

Am zweiten Tag der Konferenz wurde der interdisziplinäre und internatio-

nale Austausch zwischen Theorie und Praxis in Sektionen zu „eGovernment“, „Cyber Security“, „eEducation“ sowie zur Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene („European Citizens' Initiative“ / „Empowering Citizens“) fortgesetzt. Die AUB war u. a. in der Sektion „Age and the Digital Divide“ vertreten. Dort stellten Janina Apostolou und Csilla Szentiványi (beide wissenschaftliche Mitarbeiterinnen an der AUB) in ihrem Vortrag „(Re-)Activating senior citizens – the potential of online job portals in Hungary“ Möglichkeiten und Grenzen des Vorhabens, ältere Menschen mittels elektronischer Stellenbörsen in den ungarischen Arbeitsmarkt zu integrieren, dar. In der „closing session“ des zweiten Konferenztages wurden schließlich die besten Tagungsbeiträge ausgezeichnet. Prof. Dr. Hiroko Kudo (Bocconi Universität Mailand, Italien) gewann für ihren Beitrag „Reinventing Panopticon to Reconsider the Safety and Security vs. Privacy Issue: Ontological approach to examine surveillance“ den Preis für

das beste theoretische Paper. Der Preis für das beste praktisch ausgerichtete Paper ging an Prof. Heungsuk Choi und Kyungsoo Lee (beide Korea Universität Seoul, Südkorea) für Ihren Beitrag „The Efficiency of e-Participation and Mobilization of Bias: A South Korean experience?“. Den Publikumspreis gewann Matija Miloš (Universität Rijeka, Kroatien) für seinen Beitrag „Functions and perspectives of the right to be forgotten by a search engine“.

Organisiert wurden die Central and Eastern European eDemocracy and eGovernment Days 2015 vom Bundeskanzleramt Österreich, dem GoFore-Sight Institute (Slowenien), der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst Budapest, der Österreichischen Computergesellschaft, dem Österreichischen Institut für Europäische Rechtspolitik und der AUB. Der Dank der Organisatoren gilt den Kooperationspartnern und Sponsoren der Konferenz – namentlich

der Konrad-Adenauer-Stiftung, Büro Budapest, und dem Österreichischen Kulturforum Budapest (Kooperationspartner) sowie der Baden-Württemberg Stiftung und Austrian Airlines (Sponsoren). Die erfolgreiche Kooperation im Rahmen der CEE eGov & eDem Days soll auch 2016 fortgesetzt werden. Die nächsten CEE eGov & eDem Days werden am 12. und 13. Mai 2016 unter dem Thema „Multi-Level-eGovernance“ an der AUB und der NKE stattfinden.

Tim Kraski



Conchita Wurst & die Geschichte Europas durch Popmusik

Symposium zum Eurovision Song Contest an der AUB

Anlässlich der Austragung des 60. Eurovisions-Song Contest (ESC) in Wien 2015 richteten die Fakultät für Mitteleuropäische Studien der AUB und das Österreichische Kulturforum Budapest am 11. Mai 2015 gemeinsam ein Symposium zur Geschichte sowie der kulturpolitischen Bedeutung des ESC im Kontext des europäischen Einigungsprozesses aus.

Der erste Teil der Veranstaltung wurde von Dr. Orsolya Lénárt, Oberassistentin an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien der AUB, moderiert. Dr. Dean Vuletic, Historiker am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, eröffnete das Symposium mit seinem Vortrag zum Thema: „Die Geschichte des Song Contests. Geschichte Europas durch Popmusik“. Er erläuterte, dass der Beginn des Wettbewerbes weder politisch noch kulturell motiviert gewesen war, sondern in erster Linie ein Austesten des damaligen technischen Fortschritts und des neuen Mediums TV. Aus diesem Grund sei die Erfüllung des technischen Standards – neben

der bloßen Mitgliedschaft in der Europäischen Rundfunkunion, welche den Wettbewerb ausrichtet – bis heute das einzige Teilnahmekriterium. Nichtsdestoweniger habe sich der ESC schon bald zum Spiegel der politischen Situation Europas entwickelt. Als Belege hierfür nannte Vuletic die Einrichtung des Intervision-Liederwettbewerbes der Fernsehveranstaltungen der sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas als Gegenstück zum ESC, ebenso wie die zahlreichen Beiträge, die in Liedtexten politische Botschaften der Teilnehmerstaaten übermittelten. Dabei habe der Song Contest aber stets nicht nur als Bühne für die politische Selbstdarstellung einzelner Länder, sondern immer wieder auch als Brücke zwischen den europäischen Nationen gedient. Der anhaltende Erfolg des ESC, so Vuletic, sei letztendlich auf seine Fähigkeit zurückzuführen, sich dem Lauf der Zeit anzupassen. Aus diesem Grund sei es auch so interessant, die jüngere Geschichte Europas anhand dieses Wettbewerbes zu erforschen.

Das Phänomen Conchita Wurst

Im Anschluss sprach Mario R. Lackner, österreichischer Schriftsteller, Sexualwissenschaftler und Song Contest Consulter, über „Das Phänomen Conchita Wurst und seine gesellschaftspolitischen Dimensionen im Kontext des europäischen Friedensprojektes Eurovision Song Contest.“ Anhand seines Buches „Conchita Wurst: Backstage“ erläuterte er zum einen die Entstehung der Figur „Conchita Wurst“ in der queeren Subkultur Wiens und inwiefern diese eine Weiterentwicklung des Travestiegenres und der Dragqueens darstelle. Er ging außerdem auf die Inszenierung der Figur zum Song Contest selbst ein, wobei er Conchita Wurst nicht in erster Linie als Sängerin betrachtete, sondern in ihr ein Sprachrohr für die veränderte Gesellschaft – nicht nur für einzelne Subkulturen – verstand. Zwar zeigten, so Lackner, die feindlichen Reaktionen auf den Überraschungserfolg Conchitas, dass unsere Kultur noch Entspannung benötige. Da sie



(v. l. n. r.) András Kállay-Saunders, Mario R. Lackner, Nadine Beiler, Georg Kastner, Dean Vuletic und Ferenc Hammer.

uns aber mit unseren eigenen Konflikten und zum Teil auch unserer Abscheu konfrontiere, könne sie einen wichtigen Beitrag zum Frieden in Europa leisten.

Im dritten Beitrag von Andra Octavia Draghiciu, Mitglied des MES-Doktorandenkollegs an der AUB, stand die „Jugendkultur in Osteuropa vor der Wende“ im Mittelpunkt. Anders als man vielleicht vermuten würde wurde die osteuropäische Jugendkultur durch westliche Trends beeinflusst, welche eine wesentliche Rolle in der östlichen Popkultur spielten. Rock 'n' Roll, die Beatles, die Rolling Stones, Janis Joplin, Jimmy Hendrix oder die Hippiekultur waren auch im Osten weit verbreitet und prägten die nationale musikalische Landschaft. Aber nicht nur die Musik, sondern auch die Mode, allen voran die Jeans – Wert wurde vor allem auf eine echte „West-Jeans“ gelegt und nicht auf eine im Osten produzierte Jeans – avancierte zu einem regelrechten Statussymbol dieser Zeit. In den 1970er und 1980er Jahren schwappten dann Hard Rock, Punk und Heavy Metal von West nach Ost. Demgegenüber fand auch der „Grand Prix Eurovision de la Chanson“/ „Eurovision Song Contest“ (ESC) durch die Schaffung eines „Intervision Song Contest“, der zw. 1977–1980 im polnischen Sopot ausgetragen wurde, Eingang in die östliche Popkultur.

Der vierte und gleichzeitig letzte Vortrag vor der abschließenden Podiumsdiskussion von Prof. Dr. Georg Kastner, Dekan der Fakultät für Mitteleuropäische Studien an der AUB, setzte sich mit der „österreichischen Identität und dem Eurovision Song Contest“ auseinander. In einem sehr interessanten Beitrag, der mit skurrilen und teilweise bizarren Ausschnitten der österreichischen ESC-Historie gespickt war, wurde zunächst auf die

Suche nach der österreichischen Identität nach 1945 im Allgemeinen und anschließend in Verbindung mit dem ESC eingegangen. Danach wurde auf die lange Geschichte Österreichs beim ESC sowie die Erfolge und Misserfolge Bezug genommen. Die Höhepunkte der österreichischen ESC Geschichte sind sicherlich die beiden Siege von Udo Jürgens (Merci Cherie) 1966 und Conchita Wurst (Rise Like a Phoenix) im letzten Jahr (2014), jedoch kann Österreich auch andere gute Ergebnisse vorweisen wie bspw. Udo Jürgens 1964 und 1965, Waterloo & Robinson 1976 sowie Thomas Forstner 1989.

Die Bedeutung des ESC für Österreich

Im letzten Teil stand schließlich die Bedeutung des ESC für Österreich im Fokus und somit auch das sehr ambivalente Verhältnis Österreichs zum ESC. Der ESC schafft es dabei die gesamte Gefühlsbandbreite – von himmelhoch jauchzend bis zum Tode betrübt – der österreichischen Seele, wie es sonst nur Fußballspiele oder Skirennen schaffen, abzudecken. Gerne werden die durchaus vorhandenen Achtungserfolge schlecht geredet und die Erklärung in etwaigen Verschwörungstheorien der „Skandinavier“ oder „der Osteuropäer“ gesucht, die „sich gegenseitig die Punkte eh nur hin und her schieben“. Ein Land wie Österreich hätte daher keine Chance. Obgleich man in Mitteleuropa mit Deutschland und der Schweiz zwei deutschsprachige Verbündete hätte, mit denen man ebenso gut „packln“ könnte, kam es komischerweise nie zu diesen Allianzen. Ganz im Gegenteil: in den seltensten Fällen gab man den deutschsprachigen Nachbarn Punkte und erhielt ebenso wenige aus Deutschland

und der Schweiz. Doch der ESC hat in der österreichischen Geschichte auch eine politische Komponente, als man sich bspw. 1968 am Vorabend des Prager-Frühlings bewusst entschied, mit Karel Gott einen tschechischen Sänger zum ESC zu entsenden oder als man im darauffolgenden Jahr (1969) die Teilnahme am ESC in Madrid aus Protest gegen das Franco-Regimes zurückzog. In diesem Beitrag wurde sehr deutlich, dass Österreich eine sehr reiche, emotionale und vielseitige Beziehung zum ESC hat.

Podiumsdiskussion mit ESC-Stars

Die an die Vorträge anschließende Podiumsdiskussion wurde von Prof. Kastner moderiert. Am Meinungsaustausch nahmen neben Dean Vuletic und Mario R. Lackner auch Universitätsdozent Dr. Ferenc Hammer von der Eötvös Loránd Universität Budapest sowie Nadine Beiler, ESC-Teilnehmerin für Österreich 2011, und András Kállay-Saunders, ESC-Teilnehmer für Ungarn 2014, teil.

Auf die Frage, inwiefern der Song Contest Teil der europäischen oder aber der nationalen Kultur sei, antwortete Ferenc Hammer, dass Popmusik sehr nationalistisch sei. Eine internationale Karriere sei, so Hammer, mit englischen Texten zwar eher möglich, aber eine Hochzeitsfeier verlange etwa nach Liedern in der eigenen Muttersprache. Dean Vuletic meinte, dass Nationalismus und Internationalismus Hand in Hand gingen während Mario R. Lackner den Song Contest als „transzendenten Event“ bezeichnete, bei dem viele Menschen im Publikum die eigene Trikolore als Make-up auf dem Gesicht hätten, aber trotzdem gelegentlich auch für Kandi-

daten aus anderen Ländern mitfeiern würden. Er betonte das Motto „Brücken bauen“, und auch Sängerin Beiler unterstrich, dass bei dem Wettbewerb alle Künstler gleich aufgenommen würden.

Ein weiterer Gegenstand der Diskussion waren Provokationen beim und um den ESC, woraufhin Vuletic meinte, dass Provokation eine Branding-Strategie für Nationen sein könne. Österreich wäre ein offenes, freies Land, hätte aber nicht dieses Image. Lackner wies darauf hin, dass die Methode „fake it until you make it“ nicht nur bei Einzelpersonen, sondern auch bei Nationen funktionieren würde. Er meinte, Europa hätte sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren sehr weit in Bezug auf das Thema Menschenrechte entwickelt. Eine Frage aus dem Publikum

sprach das Thema Euroskeptizismus an. Es wurde betont, dass man die Wirkung von Popliedern nicht unterschätzen sollte.

Über die Wirkung der Lieder auf das Publikum sprach auch Sänger Kállay-Saunders. Er berichtete, dass er nach seinen Konzerten oft von Menschen angesprochen würde, die sich bei ihm mit Tränen in den Augen für sein Lied „Running“, welches von häuslicher Gewalt handelt, bedankten. Vuletic meinte, es sei interessant, welche Nachrichten die Menschen hören wollen. Hammer summierte: Der Song Contest wäre eine Möglichkeit, die Ähnlichkeiten und nicht die Unterschiede zwischen den beteiligten Ländern und ihren Menschen zu betonen.

Das Podiumsgespräch spiegelte die Vielfalt des Song Contests und der eu-

ropäischen Kultur wider, in dem die Gesprächsteilnehmer in drei Sprachen – deutsch, englisch und ungarisch – ihre Meinungen äußerten. Fast jeder von ihnen wechselte die Sprache, mal mit Absicht, mal unbewusst. Vielleicht gaben sie mit diesem Multilingualismus auch eine Antwort auf die abschließende Frage von Prof. Kastner, nämlich, dass der Song Contest zur Wiederbelebung der Kultur des einstigen Zentral-Europas beitragen könnte.

Anett Hajnal,
Réka Szentiványi, Béla Teleky



Großbritannien, Europa und „die Rückkehr der alten Dame“

Erfolgreiche Veranstaltungsreihe „AUB-Flashlight“ beleuchtet die britischen Unterhauswahlen 2015



Hans-Hartwig Blomeier analysierte für AUB-Studierende und Gäste die Ergebnisse der Unterhauswahlen.

„Ein wichtiges Wahlergebnis, das wohl die allermeisten so nicht erwartet hatten und das trotz der überraschend klaren Machtverhältnisse einiges an Spannung birgt.“ Mit diesem Satz brachte Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin der Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der AUB, das Resultat der britischen Unterhauswahlen 2015 in ihrem Begrüßungsstatement auf den Punkt. Sie

betonte dabei auch die gute Kooperation mit der Konrad-Adenauer Stiftung (KAS) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „AUB-Flashlight“. Frank Spengler, Leiter des Budapester Büros der KAS, stellte im Anschluss seinen Kollegen Hans-Hartwig Blomeier, den Leiter des Auslandsbüros Großbritannien der KAS, vor.

Blomeier gab zunächst einen aktuellen Überblick über die politische Situation nach den Wahlen vom 7. Mai 2015.

Ohne Umschweife gab er zu, auch selbst mit diesem Wahlergebnis, welches er als die Rückkehr der „alten Dame“, also der Conservative Party, zu Wahlergebnissen jenseits von 330 Sitzen beschrieb, nicht gerechnet zu haben. Einen wichtigen Grund dafür sieht Blomeier in einer Art gesellschaftlichen Schweigespirale: während sich in Großbritannien Zeitungen und Firmen regelmäßig politisch äußern und Wahlempfehlungen abgeben, schein vor allem unter den Wählern der Konservativen, ähnlich wie 1992, eine Art Selbstverleugnung (politikwissenschaftlich als „Shy Tory Factor“ bezeichnet) wieder en vogue zu sein. „Tory wählen ist vielleicht vernünftig, aber sicher nicht cool“, so Blomeier. Damit nahm er auch die nach der Wahl arg gescholtenen Umfrageinstitute unter Berücksichtigung eines von allen Instituten ermittelten Anteils von 25 Prozent unentschlossenen Wählern zumindest teilweise in Schutz. Die höheren Beliebtheitswerte David Camerons, die Sehnsucht nach klaren Verhältnissen und die Fixierung auf die klassischen Themen Wirtschaft und Migration hätten in der Wahlkabine letztlich aber den Ausschlag zu Gunsten der Konservativen gegeben und Hand in Hand mit dem relativen Mehrheitswahlrecht dieses Wahlergebnis hervorgebracht, stellte Blomeier mit Blick

auf neueste Erhebungen fest. Hinzu käme der verstärkte Wunsch der Schotten nach mehr Autonomie vom Establishment in Westminster. Dieser werde authentisch von der charismatischen schottischen Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon verkörpert und wurde zur Triebfeder einer SNP-Welle in Schottland, die hinsichtlich der Strukturen und damit auch den bisher sicheren Mandaten der Labours nördlich des Hadrianswalls keinen Stein mehr auf dem anderen ließe.

Gewinner und Verlierer der Unterhauswahlen

Zusammen mit den populistischen Thesen der europafeindlichen UKIP sei es so zu einer drastischen Umwälzung der politischen Landkarte zu Lasten der Arbeiterpartei mit ihrem unglücklich agierenden und zu allem Überfluss noch als „Brudermörder“ verschrienen Vorsitzenden Ed Miliband gekommen, während die Tories auf Kosten der Liberaldemokraten in England und Wales zahlreiche Sitze gewinnen konnten. Entsprechend sah Blomeier als versierter Kenner der britischen Innenpolitik

auch Tory-Chef David Cameron, die Schottische Nationalpartei SNP und die auf Stabilität erpichte britische Wirtschaft als Gewinner der Wahl. Auf der Verliererseite verortete er die Liberaldemokraten, Labour und mit Abstrichen auch die aufgrund des Wahlrechts sitzmäßig unter ihren Erwartungen gebliebenen UKIP. In Bezug auf die Kabinettsbildung und die Themensetzung der neuen Regierung werde es wenig Veränderungen geben, außer dass Kritiker des bisherigen Premierministers mit den zu verteilenden Kabinettsposten der Liberaldemokraten besänftigt und somit eingebunden werden könnten. Hinsichtlich der Schottlandfrage, der Haushaltskonsolidierung und der im Wahlkampf kaum präsenten Europafrage (konkret die Möglichkeit eines Brexits, also eines Austritts Großbritanniens aus der EU), rechnet Blomeier hingegen mit einer auf das gegenwärtige Erfolgsmoment gestützten, schnellen Handlungsstrategie der Regierung um die gerade gewonnene Stabilität nicht zu gefährden.

In ihrem Kommentar zu den Ausführungen des Gastes aus London bestätigte Bos dessen Ansichten weitest-

gehend und stellte die Frage nach einer Änderung des Wahlrechts in den Raum, welche Blomeier unter Verweis auf die Ablehnung eines „alternative votes“ per Referendum 2011 und die alte Tradition des „first-past-the-post“-Systems aber als kaum realistisch erachtete. In der folgenden Debatte wurden vom Publikum unter anderem auch Fragen nach dem Umgang mit der Zuwanderungsthematik, der Zukunft des Londoner Bankplatzes im Falle eines EU-Austritts sowie nach einer Prognose für die Einheit Großbritanniens aufgeworfen. Bei einem Empfang im Anschluss hatten die Zuhörer die Gelegenheit, den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Stefan Drexler



**DONAU
INSTITUT**
ZENTRUM FÜR
DEMOKRATIEFORSCHUNG



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Menschenhandel in Europa

Konferenz und Workshop des Young Citizens Danube Network und Arbeit und Leben NRW

Mit Hilfe des des Young Citizens Danube Network (YCDN) fand im Rahmen der Kampagne „FreedomKeepers“, die sich gegen Menschenhandel einsetzt, in Kooperation mit Arbeit und Leben NRW vom 14. bis 15. Mai an der AUB eine internationale Konferenz und ein Workshop zu dem Thema „Menschenhandel in Europa“ statt. ExpertInnen aus unterschiedlichen Ländern Europas trafen dabei mit Interessenten – insbesondere Studierenden aus Budapest – zusammen und diskutierten das Problem und entwickelten Lösungsansätze.

Die Präventionskampagne „FreedomKeepers“ will die europäische Gesellschaft für das Thema sensibilisieren und besonders junge Menschen vor den Gefahren warnen: Gleichzeitig soll Druck auf die Politik ausgeübt werden, um bessere Schutzmaßnahmen gegen den fortschreitenden Menschenhandel innerhalb Europas durchzusetzen. „FreedomKeepers“ wird in

Deutschland u. a. durch den Kinder- und Jugendplan International des Bundes finanziert. Die Organisatoren der Präventionskampagne agieren nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern koordinieren auch Maßnahmen in den Zielländern und stellen Material in vier Sprachen zur Verfügung: Daneben organisieren sie Filmvorführungen, Präsentationen, Diskussionen und Flashmobs, um noch mehr Menschen mit ihren Kampagnen zu erreichen. FreedomKeepers ist ursprünglich eine Initiative eines ehemaligen AUB-Studenten und Mitstreiters des YCDN, die zuerst im Rahmen des Stipendienprogramms „Europa gestalten - Politische Bildung in Aktion“ verwirklicht wurde.

Expertenvorträge zum Thema Menschenhandel

Im Rahmen der Konferenz „Menschenhandel in Europa“ sprach Profes-

sor Endre Sík, Soziologe an der Eötvös Loránd Universität in Budapest, das Problem an, dass neben den Flüchtlingsströmen aus Nordafrika insbesondere Rumänien und Bulgarien Europas „Brandherde“ in Bezug auf Menschenhandel seien. Vornehmlich aus diesen Ländern würden Menschen verschleppt und ausgebeutet, so der Soziologe. Offizielle Zahlen gebe es nur selten, da diese meist auf freiwilligen Angaben der Opfer beruhen würden. Auch in Ungarn, so die Gastrednerin Gál Eszter, Mitarbeiterin des ungarischen Innenministeriums, sei man inzwischen über die hohe Zahl von Verschleppten, insbesondere von jungen Ungarinnen, die in Westeuropa z.B. in den Niederlanden, Deutschland, Frankreich oder der Schweiz zur Prostitution gezwungen werden, besorgt. Die Dunkelziffer dürfte dabei weitaus höher sein, da die rechtliche Interpretation des Terminus „Opfer von Menschenhandel“

durch die ungarische Regierung sehr eng definiert sei. So ließen sich weitaus weniger Betroffene offiziell als Opfer von Menschenhandel definieren. Die Problematik der „modernen Sklaverei“ wurde von der Expertin Viktória Mihalkó, Mitarbeiterin der gemeinnützigen Vereinigung Anthropolis, thematisiert: Sie hob hervor, wie wichtig es sei, eine klare Unterscheidung zwischen Menschenhandel und Sklaverei zu machen.

Andre Thielmann, Soziologie und Mitarbeiter in der Diakonie Wuppertal, der sich im Rahmen seiner Arbeit ebenfalls mit der Prävention von Menschenhandel auseinandersetzt, sprach die „Unsichtbarkeit der Arbeitsausbeutung“ in Deutschland an. Viele Rumänen, Bulgaren, Ungarn und Serben ziehe es in der Hoffnung auf eine gut bezahlte Arbeit nach Westeuropa. Die Realität sehe meist anders aus: Akkordarbeit in Fleischfabriken, in Bauunternehmen oder als Erntehelfer. Die Wohn- und Arbeitsbedingungen seien nicht selten menschenunwürdig.

Weitere Gastvorträge von am ersten Tag der Veranstaltung wurden von den Expertinnen Györgyi Tóth (ungarische Frauenrechtlerin), Margarete Muresan (Mitarbeiterin des Verbands INVIA und KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel) sowie Corina Pannaite (rumänische Sozialarbeiterin) gehalten.

Filmische Aufarbeitung des Themas

Der zweite Tag gestaltete sich wesentlich lockerer und interaktiver. Nachdem am Donnerstag die vielen verschiedenen Aspekte des Menschenhandels dargestellt und in regional-spezifische Problematiken aufgeteilt wurden, lag der Schwerpunkt am Folgetag auf der Diskussion. Ein Dokumentarfilm, der die Problematik der Unbetroffenheit und Blindheit der deutschen Gesellschaft gegenüber Ausländern, die in deutschen Unternehmen ausgebeutet werden, thematisiert, stieß eine rege Diskussion über die Gleichgültigkeit in Bezug auf die Ausbeutung von Arbeitskraft in Deutschland an.

Am Nachmittag beschäftigten sich die Teilnehmer tiefgehender mit der sexuellen Ausbeutung. Der aktuelle ungarisch-schweizerische Spielfilm „Viktória“ veranschaulichte die Problematik zusätzlich. Als weiterer Gastredner wurden



Das YCDN ist ein Netzwerk von jungen Menschen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Donauraum und existiert seit 2010.

Men Lareida, der Regisseur des Films, und Virág Kováts eingeladen. Kováts ist Sozialarbeiterin in Ungarn und war mehrmals in der Schweiz bei „Flora Dora“, einer Beratungsstelle für Prostituierte, tätig. Anhand des Films von Men Lareida wurde eine typische Lebensgeschichte einer Prostituierten dargestellt, die der Armut entfliehen wollte. In der Hoffnung auf ein besseres Leben landete sie in den Händen eines Zuhälters, der sie ausnutzte und misshandelte. Nach dem Film wurde lange über die Frage diskutiert, ob die Legalisierung der Prostitution bessere Zustände und mehr Sichtbarkeit der Problematik schaffen würde oder ob die Probleme sich dadurch doch eher verschlimmern würden. Am Ende des zweitägigen Workshops waren sich alle einig, dass die Kampagne nächstes Jahr in Deutschland fortgesetzt werden sollte, um das Bewusstsein für die Problematik in der Gesellschaft weiter zu schärfen.

Die Organisation Arbeit und Leben NRW und das YCDN arbeiten bereits seit einigen Jahren zusammen und konnten schon viele gemeinsame Projekte verwirklichen. Ziel der Zusammenarbeit ist es, durch zivilgesellschaftliche Projektarbeit zwischen den Nationalitäten Brücken zu bauen und den internationalen Dialog zu fördern. Mitstreiter des YCDN konnten in den letzten Jahren erfolgreich am Stipendienprogramm „Europa gestalten - Politische Bildung in Aktion“ der Robert Bosch Stiftung teilnehmen und ihre eigenen Projekte realisieren: So gab es bereits unter anderem einen Workshop zum Thema „Internet und Demokratie“, bei dem untersucht wurde, wie das Internet demokratische Prozesse beeinflusst, und das Projekt

„EU_TOPIA - Being young in Europe“, bei dem für wichtigen Zukunftsthemen für junge Menschen in Europa ein Plattform geschaffen wurde. In diesem Jahr widmete sich Anikó Fischer in ihrem Comic-Projekt „Wandern zwischen den Welten: Migration und Arbeit“ den Fragen, die Migrantinnen und Migranten in ihrer neuen Heimat beschäftigen und den Erfahrungen, die sie bei der Arbeitssuche und auf dem Arbeitsmarkt machen. Ihre Erzählungen und Erinnerungen werden mit Hilfe von Comics und Zeitleisten zum Leben erweckt. Geplant ist, die Lebensgeschichten in Budapest in Form einer Wanderausstellung bekannt zu machen und Jugendliche dafür zu sensibilisieren.

Viktória Blahó



„Jewish Intellectuals and World War I“

Vortrag von Carsten Schapkow

In Kooperation mit der Central European University (CEU) organisierte die Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) an der AUB am 19. Mai 2015 einen Vortrag über jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg, welcher sich somit sowohl in den AUB-Veranstaltungsschwerpunkt zu jüdischen Themen als auch in jenen zum Ersten Weltkrieg bestens einfügte. Als Referent konnte Carsten Schapkow gewonnen werden, Professor am Schusterman Center for Judaic and Israel Studies an der University of Oklahoma (USA), wo er deutsch-jüdische Geschichte und moderne jüdische Historiographie lehrt. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Organisatorin Ursula Mindler-Steiner (AUB/MES) übernahm Carsten Wilke (CEU) die Moderation des Abends, der in der von Zsófia Harsányi bestens vorbereiteten Österreich-Bibliothek abgehalten wurde.

Schapkows Vortrag widmete sich jüdischen Intellektuellen, welche sich gegen den Ersten Weltkrieg aussprachen – ein Unterfangen, das zur damaligen Zeit durchaus riskant und umstritten war, herrschte doch allgemein Kriegsbegeisterung. Wenngleich der Referent zur Vorsicht bezüglich Pauschalierungen mahnte und auf das heterogene Judentum hinwies, das keinesfalls einheitlich nur „Assimilierung“ anstrebte (so muss zwischen ländlichem und städtischem Judentum differenziert werden), hielt er doch fest, dass eine überwältigende Mehrheit der deutschen jüdischen Bevölkerung in die Kriegseuphorie einstimme und überdies hoffte, in diesem Krieg durch bedingungslose Kriegsbereitschaft für Deutschland Patriotismus beweisen und somit langfristig die Situation für die jüdische Bevölkerung verbessern zu können. Zwar hatten Juden seit 1871 Staatsbürgerrechte, waren jedoch dennoch fortwährend Diskriminierungen ausgesetzt. Die durch den von Wilhelm II. im August 1914 ausgerufenen „Burgfrieden“ („Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur mehr Deutsche.“) geweckten Hoffnungen auf ein Ende des Antisemitismus sollten jedoch letztlich zerschlagen werden, und so schwand mit der Zeit die Kriegsbegeisterung der jüdischen Bevölkerung – spätestens mit der Einführung der infamen „Judenräubungen“ 1916.

Anhand der Diskussionen zwischen den deutsch-jüdischen Intellektuellen Erich Mühsam (1878–1934) und Gustav Landauer (1870–1919), welche von Anfang an den Krieg missbilligten, sowie Landauers Freund Fritz Mauthner (1849–1923), der – zumindest anfangs – für den Krieg Propagandaartikel verfasste, veranschaulichte Schapkow verschiedene Standpunkte, die von den diversen Parteien auf das Vehementeste vertreten wurden und letztlich sogar zum Bruch der Freundschaft zwischen Landauer und Mühsam führten. Der vom Vortragenden gesetzte Themenschwerpunkt behandelte vor allem die Frage nach der Signifikanz von Antisemitismus in diesen Debatten.

Eine der Kernthesen Schapkows besagt, dass nicht nur „Deutschland“ als „Kulturturnation“ und „Heimatland“ durch die Kriegsentwicklungen in Osteuropa und durch die Immigration von osteuropäischen JüdInnen sowie den zunehmenden Antisemitismus transformiert wurde, sondern auch Landauers, Mühsams und Mauthners eigenes Selbstverständnis als Juden. Dieses intensivierte sich im Laufe des Krieges. Im Gegensatz zu Mauthner, der aus der Kulturgemeinde ausgetreten war, versteckten Mühsam und Landauer ihr Judentum nicht, sie empfanden es als substantiellen Bestandteil ihrer Identität. Landauer sah sich als Deutscher, Jude und Europäer – Mauthner deklarierte sich als Deutscher, jedoch wurde ihm durch die Debatte mit Landauer über die Signifikanz des Krieges seine eigene jüdische Identität wieder bewusst.

Belegt durch zahlreiche Textstellen brachte Schapkow seinem Publikum die verschiedenen Standpunkte näher. Im Gegensatz zu Mauthner, der dafür plädierte, in Kriegszeiten auf philosophische Debatten zu verzichten, sah Landauer gerade darin größte Wichtigkeit. Ein weiterer Disput entzündete sich an der Frage der Einwanderung osteuropäischer JüdInnen. Die Wahrnehmung des Ersten Weltkrieges als „Kulturkrieg“ wurde zunehmend deutlicher, als die deutsche Öffentlichkeit das ostpreussische Territorium (unter preussischer Herrschaft) mit den besetzten Gebieten jenseits der Grenze verglich. Der Osten und die dort lebende jüdische Bevölkerung wurden – auch von deutschen Juden und Jüdinnen – als „unzivilisiert“

empfunden. Man war sich nicht einig, wie man mit „den Ostjuden“ verfahren sollte – man trachtete jedoch danach, ihre Einwanderung wenn möglich zu verhindern. Auch in dieser Frage vertraten Mauthner und Landauer unterschiedliche Ansichten. Landauer versprach sich von der Immigration das Ausbrechen eines Klassenkampfes in der jüdischen „Bourgeoisie“, den er als kommunistischer Anarchist befürwortete, war er doch auch der Meinung, eine „Erneuerung“ täte sowohl dem West- wie dem Ostjudentum gut. Mauthner favorisierte die Schließung der Grenzen im Osten, da er befürchtete, dass sich durch den Zuzug von „Ostjuden“ die Situation für die heimische, deutsche jüdische Bevölkerung verschlechtern würde. Mühsam wiederum warf der deutschen jüdischen Bevölkerung Realitätsverweigerung vor. Es sei ein Trugschluss zu glauben, Patriotismus ermögliche es ihr, ein integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft zu werden, auch würde die Armee keineswegs eine Integration auf einer Basis der Gleichberechtigung anbieten. Er verortete den Antisemitismus in einem transnationalen Rahmen und sah die „Judenfrage“ in Polen so bald nicht „gelöst“; auch war seine Einstellung zum polnischen Judentum ausgesprochen ambivalent, sah er in ihm sowohl „Blutsauger“ als auch intellektuelle Elite. In Mühsams Augen nahmen antisemitische Vorfälle im Laufe des Krieges zu – er stellte dies ganz allgemein im Sprachgebrauch fest, aber auch in Bezug auf die Ermordung von „Kaftanjuden“ durch deutsche Soldaten, welche darüber offen auf ihren Heimaturlauben in Deutschland berichteten. Die Antwort auf den Antisemitismus sah er im Kosmopolitismus.

Nach einer ausführlichen Erörterung der verschiedenen Standpunkte schloss Schapkow seinen Vortrag mit einem kurzen Ausblick über den weiteren Werdegang der Proponenten ab. Die Veranstaltung, die vor allem von DoktorandInnen sehr gut besucht war, wurde mit einer spannenden Diskussion beendet.

Ursula Mindler-Steiner

Europäische Transformationsprozesse seit 1989/90 im Vergleich

Internationale Konferenz an der AUB



Prof. Dr. Günther Heydemann, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts, bei seinem Vortrag an der AUB.

25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stellt sich die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage in den Transformationsländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas sehr unterschiedlich dar. Während in einigen dieser Staaten die Demokratie fraglos konsolidiert ist und die wirtschaftliche Entwicklung positiv beurteilt werden kann, leiden andere in politischer Hinsicht unter Parteienkämpfen und Korruption und in wirtschaftlicher Hinsicht unter Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit. Im Rahmen einer internationalen Konferenz vom 18.–19. Mai 2015, die in Kooperation mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden und dem Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet wurde, wurden die Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung in ausgewählten Transformationsstaaten untersucht und Erfolgsfaktoren analysiert und diskutiert.

Da in institutioneller Hinsicht der Transformationsprozess in vielen der behandelten Staaten – nicht zuletzt seit den jeweiligen EU-Beitritten – als abgeschlossen gelten kann, lag der inhaltliche Schwerpunkt der Tagung auf sogenannten „weichen“ Faktoren wie der politischen Kultur, dem Demokratieverständnis, dem Selbstverständnis der politischen Parteien und Amtsträger und der Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen. In den nach Länderschwerpunkten gegliederten Panels

der Tagung wurden die Transformationsprozesse Ungarns, Polens, Tschechiens, Rumäniens, Lettlands, Kroatiens, der DDR/jungen Bundesländer und der Slowakei näher beleuchtet. Eine Podiumsdiskussion am Montagabend eröffnete die Vergleichsperspektive. Unter den Expertinnen und Experten der Tagung, die aus den Disziplinen der Politik-, Rechts- und Geschichtswissenschaften kamen, fanden sich sowohl Nachwuchswissenschaftler als auch erfahrene Professoren, was einen an perspektivenreichen Austausch ermöglichte.

Panel zur Entwicklung in Ungarn und der ehemaligen DDR

Das erste Panel der Tagung, in dessen Rahmen Prof. Dr. Ellen Bos (AUB), Prof. Dr. Hendrik Hansen (AUB) und Dr. Kálmán Pócza (Institut für Politikwissenschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften) referierten, stand unter der Leitfrage „Institutioneller Wandel und Politische Kultur – wohin steuert Ungarn?“. Während der Schwerpunkt von Bos' Vortrag auf dem institutionellen Umbau der ungarischen Demokratie und aktuellen Dekonsolidierungstendenzen lag, thematisierte Hansen Prägungen der ungarischen Mentalität aus der Zeit des Kommunismus, die bis heute fortwirken können. Dazu gehören laut Hansen bspw. ein instrumentelles Rechtsverständnis oder das Verständnis von Politik als Kampf. Hansen betonte, dass ein Verständnis des heutigen Ungarn nur dann möglich sei, wenn der Blick auf die Geschichte des Landes und deren Einfluss auf die ungarische politische Kultur gerichtet werde. In dem das Panel abschließenden Vortrag ging Kálmán Pócza auf die Frage ein, inwiefern die von Wolfgang Merkel entwickelten Konzepte der „Konsolidierung“ und „Dekonsolidierung“ auf Ungarn angewendet werden können. Pócza plädierte für eine Erweiterung der Konzepte, u.a. um den Aspekt der politischen Rhetorik, damit Anwendbarkeit gewährleistet sei.

Im zweiten Panel legte Prof. Dr. Günther Heydemann (Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusfor-

schung e.V. an der TU Dresden) eine aktuelle Bilanz zu 25 Jahren Transformationsprozess in den jungen Bundesländern vor. Dabei ging er vor allem auf die demografische Entwicklung, auf die innerdeutsche Migration und auf die Arbeitsmarktentwicklung ein. Im Anschluss daran gab Prof. Dr. Klaus Ziemer (Universität Trier / Instytut Politologii UKSW) einen Überblick über politische, wirtschaftliche und politisch-kulturelle Aspekte der Transformation Polens, die er als „gelungene Transformation mit Schönheitsfehlern“ bezeichnete.

Die beiden abschließenden Panels des Tages nahmen die Transformationsprozesse Tschechiens und Rumäniens in den Blick. Während Dr. Karel Vodička (Universität Aussig) die demokratische Konsolidierung Tschechiens im EU-Kontext beleuchtete, zeichnete Dr. Tina Olteanu (Universität Wien) für Rumänien das kritische Bild einer „entzauberten Demokratie“. Die „Entzauberung“ der rumänischen Demokratie machte sie vor allem an der mangelnden Konsolidierung der bürgerlichen Kultur, dem Vorhandensein von Kartellparteien und einer „wachsenden Dichotomie zwischen politischen Eliten und Bürgern bei gleichzeitigem demokratischem Partizipationsanspruch“ fest.

Erfolge und Probleme der Transformationspolitiken in Mittel- und Osteuropa

Nach einem von Karel Vodička unter dem Titel „Konsolidiert? Postkommunistischer EU-Raum komparativ“ gehaltenen Impulsreferat fand der erste Tagungstag seinen Abschluss in einer Podiumsdiskussion. Unter der Moderation von Hendrik Hansen diskutierten Ellen Bos, Günther Heydemann, Claudia-Yvette Matthes, Karel Vodička und Klaus Ziemer die Erfolge und Probleme der Transformationspolitiken in Mittel- und Osteuropa. Bos argumentierte in der Diskussion, dass die Vergleichsperspektive zeige, dass die Transformationsforschung in Bezug auf Konsolidierungsmodelle konzeptionelle Nacharbeit zu leisten habe. Denn wo gemäß der üblichen Kriterien manche Demokratie als

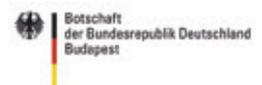
konsolidiert erscheinen möge, lege ein genauerer Blick häufig andere Schlussfolgerungen nahe. Günther Heydemann betonte, dass für eine erfolgreiche Transformation die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit von zentraler Bedeutung sei. Pointiert stellte er fest „Wenn man da nichts macht, fällt die Sache den Leuten irgendwann wieder auf die Füße“. Nach der Öffnung der Diskussion für das Publikum merkte Dr. Tina Olteanu (Universität Wien) an, dass im Vergleich von Transformationsprozessen oft außer Acht gelassen werde, dass auch etablierte westliche Demokratien sich in den letzten Jahren verändert und mit Problemen zu kämpfen hätten. Diese Probleme seien denjenigen in Transformationsstaaten oft nicht unähnlich, liefen für etablierte westliche Demokratien aber unter Labeln wie „Krise der Demokratie“, „Postdemokratie“ oder „Partizipationskrise“. Der von Philipp Ther entwickelte Begriff der Ko-Transformation helfe, diese parallelen bzw. in Wechselwirkung stehenden Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Nach dem Ende der Podiumsdiskussion wurden die Gespräche im Rahmen eines von der Deutschen Botschaft finanzierten Empfangs fortgesetzt.

Am zweiten Tag der Konferenz wurde das Programm mit Panels zu den Länder Schwerpunkten Slowakei, Lettland und Kroatien fortgesetzt. Dr. Nicole Gallina (Universität de Fribourg, Schweiz) ging in ihrem Vortrag „Der Chef bin ich. Politische Kultur in der Slowakei“ vor allem auf die Politiker Vladimír Mečiar und Robert Fico und deren Einfluss auf die slowakische Politik ein. Dr. Claudia-Yvette Matthes (HU Berlin) legte in ihrem Vortrag zu Lettland Besonderheiten der lettischen politischen Entwicklung dar wie bspw. die nationale Frage, die geopolitische Lage Lettlands und Konflikte um die Staatsbürgerschaft und die Staatssprache. Im letzten Panel der Tagung beleuchtete Tomislav Maršić (Universität Oxford, England) die demokratische Kontrolle in Kroatien zwischen 1991-2015. Sein Vortrag, der durch zahlreiche mit kroatischen Experten und Journalisten geführten Interviews empirisch unterfüttert war, zeichnete einerseits die Entwicklung der kroatischen Demokratie seit 1991 nach. Andererseits arbeitete Maršić die Triebfaktoren dieser Entwicklung heraus und analysierte diese. Zu den Faktoren, die die Abkehr Kroatiens vom Autoritarismus bzw. die Entwicklung hin zur Demokratie beförderten, zählte Maršić u. a. eine durch den

Parteienwettbewerb verursachte Selbstbestimmung der politischen Akteure sowie die ab 2010 aus innerparteilichen Motiven gestartete Antikorruptionskampagne.

In der abschließenden Zusammenfassung der Tagung betonte Hendrik Hansen, dass es für die Analyse von Transformationsprozessen entscheidend sei, in die jeweiligen Länder zu gehen und zu versuchen, diese von innen her zu verstehen. In Kontrast zur manchmal einseitigen Perspektive externer Medienberichtersterter könne man, ausgehend von solch einem inneren Verständnis, fundiert und in freundschaftlicher Manier auch kritische Bemerkungen machen.

Tim Kraski



Erfahrungsschatz älterer Personen besser nutzen – Senior Knowledge Governance

AUB mit Projekt ExpAct auf internationaler Konferenz vertreten

Was bedeutet Senior Knowledge Governance in der Theorie und in der Praxis? Welchen Nutzen bringt sie? Wie ist die Beschäftigungssituation von älteren Menschen in Ungarn und anderen Ländern der Visegrád 4? Weshalb und wie sollten die Erfahrungen und das Wissen der Generation 50+ genutzt werden? Wie können Informations- und Kommunikationstechnologien die Nutzung des Wissenskaptals älterer Personen unterstützen? Was ist Senior Crowdsourcing?

Diese und weitere Fragen zum Thema aktives und gesundes Altern wurden auf der internationalen Konferenz „Senior Knowledge Governance Cedar-NET-Program“ am 21. Mai 2015 in der ungarischen Stadt Miskolc diskutiert. Die Konferenz schaffte, aus einer Reihe von

Perspektiven Bewusstsein für den Wert des Wissens und der Erfahrungen älterer Menschen und präsentierte unter anderem die Ergebnisse einer aktuellen umfassenden Studie des Cedar-NET-Programms, bei der in vier ungarischen Städten die Potenziale älterer Mitarbeiter und die Vorteile, die sie für ihre Arbeitgeber bringen können, untersucht wurden. Ein weiteres wichtiges Diskussionsthema war die Frage, wie Informationstechnologien die Nutzung des Wissenskaptals älterer Personen unterstützen können. Neben den Fachvorträgen rundeten ein Diskussionsforum sowie ein Panel internationaler Referenten die Konferenz ab und gaben Einblicke in die Möglichkeiten und Barrieren der Nutzung des „Seniorwissens“.

Erika Sárközy, Soziologin, Journalistin, Kommunikationsforscherin und Gründerin sowie Leiterin des Erasmus-Instituts für Öffentliche Kommunikation erklärte, dass die Fachkenntnisse, Routine, Lebenserfahrung und Fähigkeiten älterer Menschen einen unschätzbaren Wert für unsere Gesellschaft darstellten und derzeit nicht ausreichend und angemessen genutzt würden. Um dem Verlust von Zeit- und Wissenskapital, das die älteren ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen besitzen, entgegenzusteuern, seien Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Sozialpolitik und im Bewusstsein der Menschen erforderlich. Die Konferenzteilnehmenden bestätigten, dass Wissensmanagement und -governance, vor allem in Bezug auf die ältere Generation, zu den

aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft gehörten, die neue Ansätze erforderten. Darüber hinaus würden die beruflichen Kompetenzen älterer Menschen, wie z.B. Loyalität, Kooperation, Urteilsvermögen, Ausdauer und professionelle Erfahrung, oft nicht als potenzielle Geschäftsvorteile von Unternehmen und Organisationen erkannt, wie Dr. Marianna Matiscsákné Lizák, Ökonomin, Dozentin an der Fakultät für Wirtschaft der Eszterházy Károly Hochschule und Büroleiterin der Stiftung zur Förderung der Chancengleichheit der Frauen in Miskolc (MINŐIES) unterstrich. Csilla Szentiványi, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der AUB, fügte hinzu, dass ältere Bürger besser in den internetbasierten

Stellenmarkt integriert werden müssten, begleitet von einem Zuwachs ihrer digitalen Kompetenzen.

Die internationale Konferenz veranschaulichte die Größe der Reserven des Humankapitals und verdeutlichte, dass das Engagement aller Akteure der Gesellschaft und Wirtschaft notwendig ist, um den existierenden Erfahrungsschatz zum Wohle der heutigen und künftigen Generationen besser zu nutzen. Zusammen mit ihren alten und neuen Partnern sucht die AUB nach Möglichkeiten, um dieses gemeinsame Ziel innerhalb und außerhalb ihres europäischen Forschungsprojektes „ExpAct - Experience Keep People Active“ zu verwirklichen.

Erzsébet Czinger, Csilla Szentiványi



A Case for a Comparative Approach to the Postwar History of Jews in Poland

Vortrag von Anna Cichopek-Gajraj

„In general, we, historians of Poland and Polish Jews, tend to shun from a broader comparative perspective. ... I would argue that comparative study, even if subject to the risk of failure, is a worthy enterprise in Polish-Jewish history, in general, and in post-Holocaust Jewish history, in particular.” Mit diesen Worten leitete Anna Cichopek-Gajraj, Assistenzprofessorin für Osteuropäische Jüdische Geschichte an der „School of Historical, Philosophical and Religious Studies“ der Arizona State University (USA), ihren Vortrag ein, den sie am Abend des 3. Juni 2015 an der AUB hielt. Sie präsentierte dabei, moderiert von András Kovács (Central European University, CEU), neueste Forschungsergebnisse zu ihrer Studie nichtjüdischer-jüdischer Beziehungen in Polen und der Slowakei nach dem Zweiten Weltkrieg, welche nun auch in publizierter Form vorliegen („Beyond Violence: Jewish Survivors in Poland and Slovakia in 1944-1948“, Cambridge University Press).

Mangel an einer umfassenden Theorie

Zu Beginn ergründete Cichopek-Gajraj unter Berufung auf verschiedene WissenschaftlerInnen (Nancy Green, Maud Mandel etc.) die Scheu vor kom-

parativen Studien, insbesondere unter HistorikerInnen jüdischer Geschichte. Sie konstatierte das Fehlen einer umfassenden Theorie zur Methode des historischen Vergleiches bzw. einer „comparative method“ überhaupt. Dafür gäbe es aber jede Menge Vorwürfe, welche bereits von Anfang an im Raum stünden: Ein Vergleich sei zu eng oder zu weit gefasst, er wäre zu oberflächlich, basiere auf nicht vergleichbaren, weil zu unterschiedlichen Quellen oder überhaupt wären die Kriterien unklar definiert. Dies möge auch bisweilen zutreffen, räumte die Referentin ein, plädierte aber dennoch für die Durchführung von Vergleichsstudien und verwies auf Todd M. Endelmann, der meinte: „Jewish history, with its lack of territorial focus, offers laboratory-like opportunities for making comparisons and doing so can generate new, intellectually engaging questions and provide sharper, more finely tuned answers to new and old questions.“ Auf ihre eigene Arbeit bezogen hielt Cichopek-Gajraj in drei Punkten fest, warum ihr eine vergleichende Perspektive lohnenswert schien: 1.) Sie ermögliche es, im Nachkriegs-Osteuropa zu erkennen, welche Erfahrungen allgemeiner Natur waren und welche spezifisch nationalen Charakter hatten. 2.) Sie beleuchte As-

pekte spezifischer Ereignisse und ihrer Begleitumstände, welche, wenn sie nur im Kontext eines einzelnen Nationenstaates gesehen werden, obskur oder mehrdeutig erscheinen würden. Und 3.) helfe sie, das Wichtige vom Zufälligen in der jüdischen Nachkriegsgeschichte Polens und der Slowakei zu unterscheiden.

Vergleichsanalyse zur Situation in Polen und der Slowakei

So ermöglichte es die Vergleichsanalyse in Cichopek-Gajrajs Fallstudie zum Vermögensentzug in Polen und in der Slowakei von 1944 bis 1948, die Transnationalität der Schwierigkeiten, die mit einer effizienten Restitution verbunden waren, wie auch die Transnationalität der Versuche, eine jüdische Infrastruktur in Osteuropa allen Widerständen zum Trotz wieder aufzubauen, aufzuzeigen. Während des Krieges kam es in Polen wie auch in der Slowakei zur „Arisierung“ jüdischen Eigentums. Nach dem Krieg wurden im März und Mai 1945 bzw. im März 1946 in Polen drei Restitutionsgesetze erlassen – in der Slowakei nur ein Gesetz und dieses erst relativ spät, im Mai 1946. Beide Regierungen übten jedoch keinen Druck bei der Umsetzung der Gesetze aus.

Cichopek-Gajraj führte für dieses Phänomen mehrere Gründe an. Zum einen herrschte aufgrund des starken Widerstands der Profiteure Angst, eine vollständige Restitution würde zu sozialen Unruhen führen. Man wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, Juden und Jüdinnen zu „bevorzugen“. Die Wechselwirkung von Restitution und antisemitischer Gewalt war nicht von der Hand zu weisen, wie auch die in beiden Ländern stattgefundenen Pogrome belegen. Zum andern lag die Restitution von Privatvermögen nicht im Interesse der Regierungen, da in Osteuropa generell der Trend Richtung Nationalisierung und Verstaatlichung, verbunden mit einer Rücknahme privaten Eigentums, ging. Darüber hinaus fehlte in beiden Ländern jegliches Gefühl einer „moralischen Verantwortung“, welche eine wichtige Voraussetzung für eine effektive Implementierung der Restitution bedeutet hätte. Beide Staaten wiesen jegliche (Mit-)Verantwortung bei der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zurück, da diese ausschließlich durch das NS-Regime durchgeführt worden wäre. Schließlich stellte sich in beiden Ländern die lokale Bürokratie als größtes Hindernis bei der Umsetzung der Restituierungsmaßnahmen heraus. Korruption war den mit der Organisation der Abwicklung betrauten Personen bzw. neu gegründeten Einrichtungen nicht fremd, und so sahen sich jüdische Überlebende einem Netzwerk ge-

genüber, gegen das sie sich nur schwer ihr Recht erkämpfen konnten.

Unterschiedliche Intensität anti-jüdischer Gewalttaten in Polen und der Slowakei

Obschon diese Probleme bekannt waren, versuchten Juden und Jüdinnen dennoch in beiden Ländern, administrative und rechtliche Wege zu beschreiten, um ihr Vermögen zurückzuerhalten. Die Verfahren zogen sich – wie auch in anderen Ländern – oft über Jahre hin. Dabei stellte Cichopek-Gajraj fest, dass es zwar auf der staatlichen Ebene beider Länder an Umsetzungswillen mangelte, auf der Praxisebene gestaltete sich dies jedoch durchaus unterschiedlich. Die Referentin führte dies ua. auf die unterschiedliche Intensität antijüdischer Gewalttaten in Polen und der Slowakei zurück (die Pogrome im Nachkriegspolen waren wesentlich heftiger), aber auch auf die unterschiedlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Im Nachkriegspolen (ausg. Schlesien) war Gewalt omnipräsent; Juden und Jüdinnen warf man ein Näheverhältnis zur als Feind empfundenen Sowjetunion vor und diffamierte sie als „Judenbolschewiken“. Ferner war die Restitution in Polen im Unterschied zur Slowakei vor allem ein urbanes Phänomen. Cichopek-Gajraj schloss mit einem Appell für weitere komparative Forschung und stellte sich anschließend einer angeregten Diskussion.



Anna Cichopek-Gajraj bei ihrem Vortrag in der Österreich-Bibliothek György Sebestyén.

Der Vortrag bildete den Abschluss der im Sommersemester 2015 von Ursula Mindler-Steiner organisierten Kooperationsveranstaltungen zwischen AUB/MES und CEU/Jewish Studies und fand in der von Zsófia Harsányi zur Verfügung gestellten Österreichbibliothek statt. Eine Fortsetzung im Wintersemester ist angedacht.

Ursula Mindler-Steiner



Projekt „ExpAct“ beim SMARTER LIVES 2015 in Innsbruck vorgestellt

AUB knüpft neue Kontakte als Mitorganisatorin des AAL-Praxisforums

Unter dem Motto „Neue Lösungen für eine alternde Gesellschaft“ wurde am 11. Juni 2015 das erste AAL-Praxisforum SMARTER LIVES 2015 veranstaltet, welches im Rahmen der derzeit größten österreichischen AAL-Testregion „West-AAL“ vom Institut für Strategisches Management, Marketing und Tourismus der Universität Innsbruck als Konsortialführer zusammen mit dem Institut für Gerontologie und demografische Entwicklung der UMIT (Private Universität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik) und den Clustern Informationstechnologien

sowie Life Sciences der Standortagentur Tirol initiiert wurde.

SMARTER LIVES 2015 hatte zum Ziel, für einige der großen Herausforderungen des demografischen Wandels – vor allem im Gesundheits- und Pflegewesen – Bewusstsein zu schaffen, um nachhaltige Lösungen mit aktiver Involvierung betroffener End-AnwenderInnen und Stakeholder zu generieren. Sowohl Anbieter von Lösungen, die am Markt verfügbar sind, als auch Lösungen aus der Forschung wurden auf interaktive Weise präsentiert und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die ganz-



tägige internationale Veranstaltung bot entsprechend der Interessens- bzw. Bedarfsbereiche der TeilnehmerInnen unterschiedliche Zugangs-, Austausch und Gestaltungsmöglichkeiten. Dazu gehörten nicht nur Fach- und Praxisvorträge sowie die AAL-Messe, bei der sich Anbieter von Lösungen für die Bewältigung der Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft vorstellen durften, sondern auch Match & Meet-Gespräche und Kurzpräsentationen. Zur Erhöhung

der Sichtbarkeit und Anschaulichkeit von AAL-Lösungen hatten die BesucherInnen außerdem die Möglichkeit, zwei Musterwohnungen des Projektes „West-AAL“ zu besichtigen, in denen nutzenorientierte innovative Smart Home und Smart Service Lösungen, welche auf neuesten Informationstechnologien aufbauen, installiert sind und getestet werden.

Die AUB, Mitorganisatorin von SMARTER LIVES 2015, stellte ihr aktuelles europäisches Forschungsprojekt

„ExpAct – Experience keep people active“, das sich mit dem Erhalt und der Weitergabe des Wissens und der Erfahrung älterer Personen beschäftigt, dem Fachpublikum im Rahmen eines Pitches vor. Am Stand der AUB im Ausstellerbereich wurden weiterführende Fragen zu den Tätigkeitsfeldern der Universität im Allgemeinen und den Aktivitäten im AAL-Bereich im Speziellen beantwortet, wodurch vielversprechende Kontakte geknüpft wurden.

Rechtliche Organisation grenzüberschreitender Unternehmensgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa

Gemeinsamer Workshop der WU Wien und der AUB

Mit ihrem gesellschaftsrechtlichen Aktionsplan vom 12. Dezember 2012 hat die Europäische Kommission die Harmonisierungsbemühungen auf dem Gebiet des Konzernrechts nach jahrelangem Stillstand neu angestoßen. Intensiv diskutiert wird seitdem u. a. die Schaffung von rechtlichen Regelungen für eine Anerkennung und Durchsetzung von Gruppeninteressen in grenzüberschreitenden Unternehmensgruppen. Vor diesem Hintergrund veranstaltete Prof. Dr. Christian Schubel (Professur für Zivil- und Wirtschaftsrecht an der AUB) in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Martin Winner (Wirtschaftsuniversität Wien) am 12. und 13. Juni 2015 an der AUB einen Workshop zur rechtlichen Organisation grenzüberschreitender Unternehmensgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa.

Die von der Baden-Württemberg Stiftung geförderte Tagung, an der Referenten aus neun EU-Mitgliedstaaten teilnahmen, zielte zum einen darauf ab, die sich aus der spezifischen Situation der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten ergebenden Interessen in den aktuellen Diskussionsprozess einfließen zu lassen. Zum anderen sollten die Erfahrungen, die in diesen Staaten mit konzernrechtlichen Regelungen gesammelt worden sind, für die europäischen Reformarbeiten fruchtbar gemacht werden.

Abteilung I

Die erste Abteilung richtete zunächst den Blick auf den vom Europarecht ge-



Teilnehmer:innen und Teilnehmer des Workshops im Spiegelsaal der AUB.

setzen primär-rechtlichen Rahmen: Prof. Dr. Christoph Teichmann (Universität Würzburg) arbeitete heraus, dass die Niederlassungsfreiheit auch die Bildung und Leitung von grenzüberschreitenden Unternehmensgruppen schützt, und Prof. Dr. Christian Kersting (Universität Düsseldorf) stellte die großen Risiken dar, die den Unternehmen aus der Konzernhaftung im europäischen Kartellrecht drohen. Hierauf abstellend wurde in der späteren Diskussion die Frage aufgeworfen, ob die europäische Rechtsordnung, die die Muttergesellschaften von Unternehmensgruppen mit erheblichen Haftungsrisiken belastet, diesen nicht auch Mittel bereitstellen müsse, auf eine Verringerung der Risiken hinzuwirken. Abgerundet wurde die Abteilung durch den Bericht von Prof. Dr. Martin Winner (WU Wien) über den Stand der aktuellen sekundärrechtlichen Regelungsbemühungen der Europäischen Kommission auf dem Gebiet des Gruppenrechts.

Abteilung II

In der zweiten Abteilung referierte Prof. Dr. Pierre-Henri Conac (Universität Luxemburg) über die Argumente für eine Anerkennung des Gruppeninteresses in Unternehmensgruppen, über mögliche Wege, auf denen sich eine solche Anerkennung vollziehen könnte, und über die dabei zu überwindenden Hindernisse. Prof. Dr. Georg Eckert (Universität Innsbruck) zeigte dann auf, wie das Internationale Privatrecht die Regelungszuständigkeit für die verschiedenen Sachbereiche auf die jeweils berührten Mitgliedstaaten aufteilt.

Abteilung III

Damit war die Grundlage für die Länderberichte der dritten Abteilung bereitet, die über den Ist-Zustand in verschiedenen ostmittel- und südosteu-

ropäischen EU-Mitgliedstaaten informieren sollten. Prof. Dr. Susanne Kalss (WU Wien) berichtete über das österreichische Recht, von dem u. a. das Verbot der Einlagenrückgewähr sehr streng gehandhabt wird: Bei Vermögensverschiebungen von einer Gesellschaft auf den (Mehrheits-)Gesellschafter ist ein sofortiger Ausgleich erforderlich, ansonsten drohen nicht nur eine zivilrechtliche Haftung, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen. Die konzernrechtlichen Regelungen im neuen ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuch wurden von Prof. Dr. Zoltán Csehi (Pázmány Universität) vorgestellt, der dabei auch auf die Möglichkeit verwies, die Beziehungen in der Unternehmensgruppe in einem Konzernvertrag zu regeln. Im Anschluss analysierte Prof. Dr. Krzysztof Oplustil (Jagiellonen-Universität Krakau) aktuelle Entscheidungen polnischer Instanzgerichte, in denen die Frage nach einer Berücksichtigung von Gruppeninteressen Relevanz gewonnen hatte, und Doz. Dr. Waltschin Daskalov (Wirtschaftsuniversität Sofia) gab einen Überblick über die sehr zersplitterten Gruppen-Regelungen im bulgarischen Recht. Am zweiten Ta-

gungstag folgten zunächst noch zwei weitere Berichte: Prof. Dr. Mária Patakýová (Comenius Universität Bratislava) informierte über die wachsende Zahl Gruppen-relevanter Vorschriften des slowakischen Rechts sowie über aktuelle Reformen und Assoc. Prof. Dr. Emőd Veress (Universität Cluj-Napoca) stellte den Tagungsteilnehmern neue Urteile rumänischer Gerichte vor, welche die Leitung von Unternehmensgruppen erheblich erschweren können.

Abteilung IV

In der abschließenden vierten Abteilung wurden dann mögliche Lösungsansätze erörtert. Zunächst berichtete Dr. Petr Čech (Karls-Universität Prag) über das am 1. Januar 2014 in Kraft getretene tschechische Konzernrecht. Dieses Recht ist durch einen neuen Ansatz gekennzeichnet, der versucht, Elemente des deutschen Aktienkonzernrechts mit dem sog. „Rozenblum-Modell“ zu verbinden, das von französischen Strafgerichten entwickelt worden ist. Im Schlussreferat von Prof. Dr. Christian Schubel (AUB) wurde dann mit Blick auf Regelungen des

ungarischen, tschechischen und polnischen Rechts untersucht, welche Fragen bei einer Kodifizierung von „Rozenblum“ beantwortet werden müssen, um aus der rückblickenden Betrachtung von Strafrichtern ein praktikables zukunftsgerichtetes Konzept zu formen.

Insgesamt machten die Referate und Diskussionen des Workshops deutlich, dass der Bereich des Konzernrechts für die Rechtsordnungen der ostmittel- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten keinesfalls ein Terra incognita darstellt. Allerdings sind hier sehr unterschiedliche gesetzliche Vorschriften und Regulierungskonzepte anzutreffen, was die Notwendigkeit europäischer Harmonisierungsmaßnahmen unterstreicht. Für deren Ausgestaltung sollte auch auf die Erfahrungen und Lösungen der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten zurückgegriffen werden.

VSR



AAL2Business-Workshop in Budapest

ExpAct soll zu profitabler Unternehmung weiterentwickelt werden

Mit dem Ziel, die Absichten aller Konsortialpartner für die Zukunft der ExpAct-Lösung zu verstehen und daraus mögliche gemeinsame Aktivitäten in Form von Organisation und Geschäftsmodellen abzuleiten, wurde am 16. Juni an der AUB der 2. Business Model Workshop im Rahmen des ExpAct-Projektes veranstaltet.

Die Bemühungen der Partner wurden von Arto Wallin vom finnischen VTT Technical Research Centre unterstützt. Dies ist ein Service, der allen AAL-Projekten zur Verfügung steht. Die mit AAL2Business bezeichneten Workshops werden von Experten im Bereich Business Planning geleitet und sollen zukünftigen AAL-Lösungen helfen, möglichst früh marktreife Produkte und Dienstleistungen mit einem validen Geschäftsmodell anbieten zu können.

Da im Rahmen von ExpAct bereits Vorarbeiten in diesem Bereich geleistet wurden, konnten während dieses Workshops viele Details behandelt werden. Bestehende Business Model Canvas wurden mit Hilfe des Value Proposition Canvas detaillierter ausgearbeitet, sowohl auf Meta-Ebene als auch aus Perspektive der Pilotanwendungen, wie sie auch in Ungarn stattfinden. In Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit der Partner sowie die Koordination der Aktivitäten wurden ebenfalls große Fortschritte erzielt.

Bis Ende August wird eine erste Version eines kompletten Geschäftsplans basierend auf dem McKinsey-Modell ausgearbeitet. Anschließend werden Bemühungen unternommen, die darin getroffenen Annahmen im direkten Kundenkontakt zu validieren und anzupassen. Die frühe Auseinandersetzung mit dem Ge-

schaftsmodell demonstriert die große Motivation des ExpAct-Konsortiums, die ExpAct-Lösung zukünftig als profitable Unternehmung weiterzuführen.



Portrait

Interview mit Dr. Christoph Good



Dr. Christoph Good ist seit Februar 2015 Dozent für Völkerrecht und Internationalen Menschenrechtsschutz an der AUB

- *Herr Dr. Good, wie kam es dazu, dass Sie nun für zwei Semester an der AUB lehren? Haben Sie schon vorher von der Universität gehört?*

Es mag ungewöhnlich klingen, doch verdanke ich meinen Aufenthalt an der AUB in erster Linie Währungsschwankungen. Von 2010 bis 2015 finanzierte die Schweiz im Rahmen ihres EU-Erweiterungsbeitrages zwei Dozenturen an der AUB. Aufgrund des relativ starken Frankens blieb gen Ende des Projekts ein Überschuss übrig, aus dem nun eine Dozentur für ein weiteres Jahr finanziert werden kann. Innerhalb kürzester Zeit und mit großem Einsatz aller Beteiligten wurde im letzten Herbst vom Referat für Projektmanagement der AUB zusammen mit KollegInnen der Uni Zürich und mit wohlwollender Unterstützung durch den Schweizerischen Botschafter in Budapest ein letztlich erfolgreicher Projektantrag ausgearbeitet. So wurde innert weniger Wochen meine Stelle hier geschaffen. Von der AUB selbst hatte ich vor meinem Engagement hier

schon viel gehört. Professor Oliver Diggelmann, der selbst mehrere Jahre an der AUB tätig war, ist einer der Mentoren meiner Habilitation an der Uni Zürich. Zudem hatte ich das Gebäude der AUB zumindest schon von außen bestaunt, als ich vor zwei Jahren ein paar Tage in Budapest war. Darum brauchte ich nicht lange zu überlegen, als Oliver Diggelmann mich fragte, ob ich Interesse hätte, zwei Semester an der AUB zu unterrichten.

- *Bitte erzählen Sie von ihrer bisherigen Tätigkeit. Haben Sie bereits Erfahrungen in einem multinationalen Umfeld gesammelt? Was werden Ihre Aufgaben an der AUB sein?*

Nach typischen Forschungspositionen an den Universitäten St. Gallen und Luzern habe ich die letzten zwei Jahre als Geschäftsführer am Kompetenzzentrum Menschenrechte der Uni Zürich (MRZ) gearbeitet. Dort war und bin ich teilweise noch heute in Lehre und Forschung eingebunden und zudem mitverantwortlich für die Akquise neuer Projekte. Mein aktueller Forschungsschwerpunkt liegt im interdisziplinären Thema „Wirtschaft & Menschenrechte“, wobei mich insbesondere die theoretischen Grund-

lagen interessieren. Bei diesem Thema hatten unsere Projekte zwangsläufig eine internationale Ausrichtung. Unter anderem haben wir letztes Jahr gemeinsam mit sechs europäischen Partneruniversitäten (Belfast, Kopenhagen, Oslo, Poznan, Roskilde und Tilburg) ein zweiwöchiges englischsprachiges Summer School Programm zum Thema „Business & Human Rights“ ins Leben gerufen, das in diesem Sommer eine zweite Auflage erfuhr. In meiner Zeit in Luzern war ich zudem in die Kooperation mit der European Academy of Legal Theory in Brüssel eingebunden – dort arbeitete ich mit an der Schaffung des ersten europäischen LL.M. Programms in Rechtstheorie, das im Herbst 2013 in Frankfurt a. M. begonnen hat.

An der AUB unterrichte ich Völkerrecht mit einem besonderen Schwerpunkt im internationalen Menschenrechtsschutz. Ein Teil des Lehrpensums umfasst die regulären Einführungsveranstaltungen ins allgemeine Völkerrecht, Wirtschaftsvölkerrecht und das Recht der Internationalen Organisationen. Als Vertiefungen biete ich zudem Vorlesungen an im Humanitären Völkerrecht, zur Europäischen Menschenrechtskonvention und eben auch zu meinem eigenen Forschungsschwerpunkt „Wirtschaft & Menschenrechte“. Spannend und lehrreich ist für mich, dass das Angebot nicht nur auf JuristInnen passen muss, sondern auch viele PolitikwissenschaftlerInnen die Kurse besuchen.

- *Sie sind seit Februar in Budapest: Was gefällt Ihnen am besten an der Stadt und an der Universität? Haben Sie auch weniger positive Erfahrungen gemacht?*

Ich mag die Stimmung auf den Straßen Budapests, das Grün in den Parks, das vergnügliche Leben in den Cafés und Kneipen. Budapest ist zudem deutlich munterer als Zürich, schneller, größer, imposanter – allein mein Miethaus mit Hinterhof hat für mich burgartige Ausmaße. Gewisse Mühe

bereitet allein die Sprachbarriere. Selbsthilfeversuche mit Sprach-CDs tragen bisher leider noch nicht allzu großen Erfolg. Es reicht grad für die grundlegenden Höflichkeiten – solange keine unerwartete Gegenfrage kommt. Aber dann bleibt ja meist noch ein entschuldigendes Lächeln und Englisch. Am schwierigsten finde ich, mir selbst ein Bild vom innenpolitischen Tagesgeschehen zu machen – da bin ich auf die Auslandsberichterstattung zu Ungarn angewiesen, die ja die Ereignisse in den meisten Fällen

immer mit ein bisschen Verzögerung und nicht so detailliert wiedergibt.

An der Uni bin ich herzlich empfangen worden und sämtliche KollegInnen in Wissenschaft und Verwaltung helfen mir bei jeder noch so dämlichen Frage weiter. Dass das keine Selbstverständlichkeit ist, weiß ich von meinen bisherigen Stationen. Den wohl größten Wert der Uni stellen meiner Meinung nach die Studierenden dar: eine derart heterogene und interessierte Studierendenschaft belebt die Vorlesungen. Darauf kann die AUB wirklich

stolz sein. Woran ich mich gewöhnen musste: Die juristische Fakultät ist größtenteils eine „Reisefakultät“. Das macht den wissenschaftlichen Austausch und die Forschungszusammenarbeit zwischen den Dozierenden deutlich schwieriger. Da ich selbst aber auch nur jede zweite Woche in Budapest bin, bin ich wohl auch eher Teil als Lösung dieses Problems.



Semesterrückblick

STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI

Erneute Bücherspende des Alumni-Vereins

Feierliche Übergabe und Ausstellung zum Thema „Ohne Frauen ist es nur die halbe Geschichte“ im Andrássy-Saal

Der Alumni-Verein der AUB schuf mit der jährlichen Bücherspende eine Institution für die Bereicherung und Mitsprache der Studierenden. Dies ist ein großer Gewinn und fördert die Kreativität. Mit der Entscheidung in diesem Jahr dürfte der Umfang der Diskussionen im Vergleich zur Vergangenheit zugenommen haben, aber somit auch die Aufmerksamkeit und die Ausgestaltung der tatsächlichen Übergabe, welche am 18. März im Andrássy-Saal stattfand.

Neuzugang mit Diskussionspotenzial

Die Auswahl der Bücherspende fiel in diesem Jahr auf *L'HOMME. Europäische Zeitschrift für feministische Geschichtsforschung*. Das ist ein Titel, der zuweilen hochgezogene Augenbrauen provozierte. Der Name impliziert aber bereits, dass es sich nicht allein um Frauengeschichte handelt und dass dem vorherrschenden Blick der Geistes- und Sozialwissenschaften etwas fehlt. Beiträge aus diesem Magazin wollen dazu einladen, die Kategorie Geschlecht kritisch-relational zu historischen Entwicklungen zu denken.



©AUB Elisabeth Bán, studentische Vertreterin der Bibliothekskommission nimmt die Bücherspende vom Präsident des Alumnivereins, Martin Wodraschke, entgegen.

Eine einfache Definition Feminismus im urban dictionary besagt, dass hinter dem Begriff „Feminismus“ lediglich die Behauptung steht, Frauen als gleichberechtigte, gleichfähige und gleichgestellte Personen im gesellschaftlichen Diskurs zu begreifen. Dies sind Punkte,

die selbstverständlich sein sollten. Feminismus ist kein Kampfbegriff und es gibt nichts zu verlieren, wenn wir Geschlecht relational denken und eine Kultur der Gleichberechtigung fördern. Nur so kann ein Gesamtbild entstehen und ein Kulturgut vermittelt werden.

„Ohne Frauen ist es nur die halbe Geschichte“

Anlässlich der feierlichen Übergabe der diesjährigen Bücherspende bereitete eine Gruppe von Studierenden und DoktorandInnen eine künstlerische sowie inhaltliche Einführung zum Thema vor.

Aus diesem Anlass wurde eine kleine Ausstellung unter dem Titel „Ohne Frauen ist es nur die halbe Geschichte“ gestaltet. Auf sechs Schautafeln wurden Motive der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts ausgewählt (Budapest 1956, Prag 1968, Berlin 1989 u. a.) und jeweils die weiblichen Akteure aus den Zeitdokumenten entfernt. Durch diese Lücken wurde besondere Aufmerksamkeit auf deren Bedeutung gelenkt, die allzu häufig – auch in der Fachliteratur – eine Randerscheinung bleibt. Durch die Ausstellung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass gerade die Domäne der „Straßenpolitik“ wesentlich von Frauen mitgestaltet wurde. Die Bilder mit den ergänzenden Begleittexten waren im März 2015 in der Kosutheria zu sehen.

Studierende profitieren von Bücherspende

Zusätzlich übergab der Alumni-Verein das „Handbuch der Europäischen Akti-



Teil der Ausstellung waren Fotos von revolutionären Szenen, bei denen die Gesichter der weiblichen Teilnehmerinnen „ausgeblendet“ wurden, um das Thema zu veranschaulichen.

engesellschaft“ an die Bibliothek. Beide Neuerungen im Bibliotheksbestand stärken den besonderen Status der deutschsprachigen Fachbibliothek in Budapest.

Die feierliche Übergabe machte deutlich, dass Diskussionen immer willkommen sind und spannende Akzente setzen können. Von dieser Möglichkeit sollten die Studierenden der AUB auch weiterhin profitieren. Bücher-/ Zeitschriftenspenden sind

kein Selbstläufer, sie werden jedes Jahr neu bestimmt. Es schadet sicher nicht, schon jetzt Ideen für die nächste Ausschreibung zu sammeln.

Katharina Haberkorn



Swinging Spring!

Der Andrássy-Frühlingsball 2015

Ob Federboa, Charleston und Flapper Look – der diesjährige Andrássy-Frühlingsball am 20. März stand absolut im Zeichen der „Goldenen Zwanziger“. Dem Motto wurde mehr als ausreichend Rechnung getragen, denn fast alle Gäste erschienen in zeitgemäßer Garderobe. Passend hierzu gab es Live-Musik vom Instrumental-Duo Attifiddler, das mit einer Mischung aus Violine und Piano-Klängen das Publikum begeisterte. Am späteren Abend verwandelte sich das extravagante Festetics-Palais in ein wahres „Speakeasy“: Bis in die Morgenstunden tanzten die Gäste ausgelassen zu außergewöhnlichen Beats des DJ-Duos Savages Y Suefo.

Flóra Borek



AUB @ Dunai Regatta 2015

Amateur-Drachenbootmannschaft der Studierenden tritt erstmalig bei Ungarns größtem Uni-Sportereignis an



Am Ziel warteten die Fans der Mannschaft auf ihr Team und feierten sie auf den letzten Metern an.



Graf Andrássy und Kaiserin Sissi zierten die AUB-Fans beim Wettkampf.



Das AUB-Drachenbootteam 2015.

Im Sommersemester 2015 maß sich unsere kleine Uni nun auch sportlich mit den „Großen“: Zum ersten Mal trat ein AUB-Team zum Amateur-Drachenbootrennen bei der „Dunai Regatta“ (Donau-Regatta), dem größten universitären Sportfestival Ungarns, gegen einige der größten ungarischen Universitäten an.

Die Regatta wurde bereits 1998 – als „Regatta der Donau-Universitäten“ – zum ersten Mal ausgetragen. Damals traten nur drei Budapester Universitäten, die entlang der Donau liegen, zum Wettkampf an: Die Corvinus Universität Budapest (BCE), die Technische und Wirtschaftswissenschaftliche Universität Budapest (BME) sowie die Eötvös Loránd Universität (ELTE). Nach mehrjähriger Pause ließ das Antal József Wissenszentrum den Wettkampf auf der Donau unter dem Namen „Dunai Regatta“ 2013 wieder aufleben: Am 25. April maßen sich dieses Jahr professionelle Achter-Mannschaften und Amateur-Drachenbootmannschaften ungarischer Universitäten in mehreren Wettkämpfen. Besondere Gäste waren in diesem Jahr die Universitäten Harvard und Princeton, die mit ihren Teams ebenfalls am Achter-Wettkampf teilnahmen.

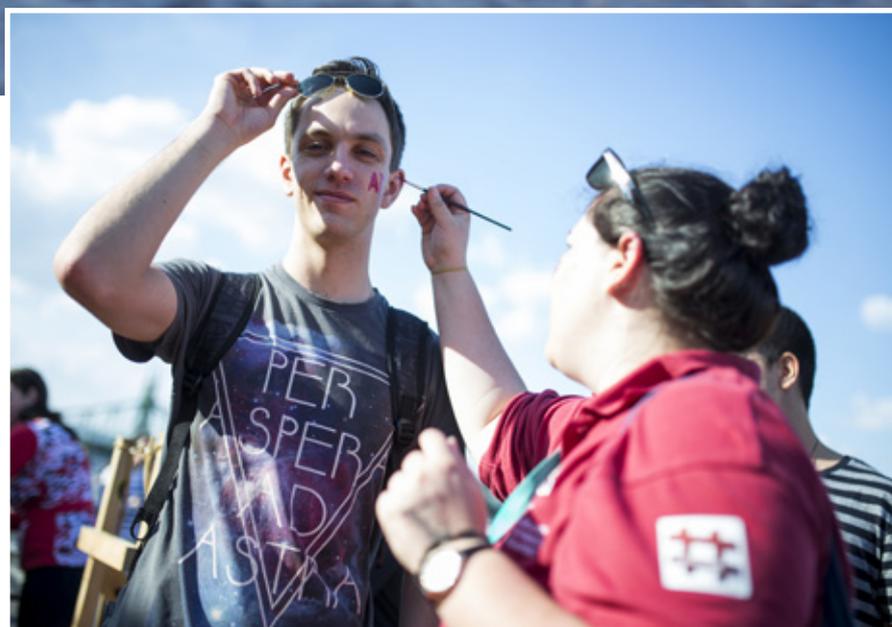
Für unsere Universität und die anderen elf Mannschaften des Amateur-Drachenbootrennens begannen die Vorbereitungen bereits vier Wochen vor dem Rennen: Gemäß den Regeln besteht jede Mannschaft aus zwanzig Personen, die nur zwei Jahre in Folge am Rennen teilnehmen dürfen. Alle Mannschaften mussten deshalb an vier Trainingseinheiten des Ungarischen Drachenbootverbands teilnehmen, um sich die Technik des Paddelns in einem Drachenboot anzueignen und um die eigene Teamfähigkeit zu testen: Beim Drachenbootrennen kommt es in erster Linie nämlich darauf an, wie man als Team zusammenarbeitet. In der Vorbereitungszeit liefen parallel bereits virtuelle Wettkämpfe: So konnte man das „Boot“ seiner Universität in Online-



Das Team kurz vor dem Zieleinlauf vor der Technischen Universität.

Wettkämpfen auf Facebook vorbringen und seine eigenen sportlichen Aktivitäten mit Hilfe einer App messen und aufzeichnen lassen, um Punkte im Wettkampf „Die sportlichste Universität“ zu sammeln.

US-Botschafterin Colleen Bell eröffnete als diesjährige Schirmherrin die Veranstaltung: Während sich die Mannschaften in einem letzten Training auf den zehnminütigen Wettkampf vorbereiteten, konnten sich die Besucherinnen und Besucher auf dem Veranstaltungsgelände vor der Technischen Universität (BME) am Ufer der Donau mit verschiedensten sportlichen Attraktionen die Zeit vertreiben oder sich an den Fan-Basen der einzelnen Universitäten für den Wettkampf mit Material fürs spätere Anfeuern und Jubeln versorgen. Gleichzeitig fand das Finale des „Sound of University“, bei dem Bands vor einer Fachjury ihr Talent beweisen konnten, und eine Show der Cheerleader-Teams einiger Universitäten statt. Das Drachenbootrennen fand auf einer etwa drei Kilometer langen Strecke statt. Gestartet wurde vor dem Parlament, das Ziel war das Veranstaltungsgelände vor der BME: ohne Zweifel die schönste Strecke der



Im Fan-Lager der AUB wurde fleißig geschminkt.

Donau. Die Mannschaften trugen die Farbe ihrer Universitäten und auch das Ufer war von jubelnden Studenten „gefärbt“. Die Studierenden der AUB waren mit einer großen Fan-Gruppe vertreten, die unsere Mannschaft vom Ufer sowie von einem Fan-Boot aus anfeuerte.

Das Team der Széchenyi István Universität aus Győr (SZE) ging als erstes durchs Ziel, gefolgt von der Technischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Universität Budapest (BME) und der „Sportuniversität“ (TF). Unser Team schaffte es zwar nicht auf das Podium, schlug sich aber tapfer und feierte zusammen mit rund 20.000

Studentinnen und Studenten und ihren Fans während des anschließenden Festivals am Abend mit einigen berühmten ungarischen Bands ausgelassen die erstmalige Teilnahme am größten Sportfestival Ungarns.

Die Donau Regatta in ihrer heutigen Form steckt zwar noch in den Kinderschuhen, ihr diesjähriger Erfolg lässt aber vermuten, dass Ungarns größtes Sport- und Kulturereignis noch lange bestehen wird – und die AUB, die sich am 25. April hervorragend mit einem ausgezeichneten Team präsentiert hat, wird sicherlich auch in Zukunft dabei sein!

Krisztina Takács

Hof-Party 2015

Der perfekte Start in die Prüfungszeit

Sommer, Sonne und Klausuren – die diesjährige Hof-Party der Studierendenschaft läutete am 22. Mai nicht nur den heißen Budapester Sommer ein. Der Freitagabend markierte ebenfalls den Beginn der letzten und schwierigsten Etappe für die Studierenden vor den großen Sommerferien. Denn am darauffolgenden Montag hieß es zunächst einmal leider wieder „raus aus den Badelatschen und ab an den Schreibtisch!“. Für die meisten Gäste

bedeutete dies, sich nach der Hof-Party fleißig für Klausuren vorzubereiten oder Hausarbeiten zu schreiben.

Die Anwesenden schienen jedoch all ihre Sorgen am Eingang des Muzikum Club & Bisztró, wo die diesjährige Hof-Party stattfand, hinter sich gelassen zu haben: Denn die Prüflinge feierten zusammen mit Alumni, Professoren und anderen Gästen fröhlich die ganze Nacht lang. Den Abend eröffnete die Band Pálinka Republik, die

unter den Anwesenden bereits ihre feste Fan-Base hatte und einigen aus dem ungarischen Fernsehen bekannt sein mochte. Für den perfekten Ausklang sorgte der hauseigene DJ des Muzikums. Eines war danach klar – wir kommen wieder! Schon jetzt plant die Studierendenschaft, das kommende Wintersemester mit einer kleinen Welcome (back)-Party im Lieblingsrestaurant der AUB zu eröffnen.

Flóra Borek

New Approaches to Modern Diplomacy

Exkursion von AUB-Studierenden nach Berlin

Die dreitägige Berlinexkursion vom 27. – 30. Mai 2015, welche auf Initiative von Dr. Thomas Schmitt, Professur für Diplomatie, zustande kam, war eine einzigartige Möglichkeit für uns Studierende, einen Einblick in die Arbeit des deutschen Auswärtigen Amtes und das Feld der Diplomatie zu gewinnen. Als neu angestoßene Kooperation zwischen dem Auswärtigen Amt und der AUB bietet sich damit eine Gelegenheit, die AUB-Studenten auch in Zukunft einen hochinteres-

santen Fachaufenthalt in Berlin ermöglichen könnte.

Bereits direkt nach unserer Ankunft in Berlin-Tegel wurden wir von den Mitarbeitern des Aus- und Fortbildungszentrums des Auswärtigen Amtes, die das Seminar organisiert hatten, gleich ins Amt zu einem Vortrag über die Herausforderungen der Deutschen und Europäischen Außenpolitik in der Gegenwart und Zukunft gebeten. Thomas Wimmer, Mitarbeiter von EU-KOR (Korrespondenzbü-

ro der Europäischen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik) stellte uns die aktuellen Hauptthemen der Außenpolitik dar, vor allem mit Hinblick auf die zukünftige europäische und globale Sicherheitsordnung. Im Anschluss lernten wir bei einem Rundgang im Deutschen Historischen Museum eine für viele nichtdeutsche AUB-Studierende unbekanntes Sichtweise kennen: die Wahrnehmung der Bundesrepublik Deutschland in der früheren DDR.



Treffen mit afrikanischen Diplomaten

Der eigentliche „Höhepunkt“ unseres Besuches war das Treffen am Donnerstag mit den aus 15 verschiedenen Ländern Subsahara-Afrikas angereisten Diplomaten, die im Rahmen eines diplomatischen Austauschprogramms in Berlin waren. Moderiert und fachlich begleitet vom ehemaligen deutschen Botschafter Dr. Alexander Mühlen – der auch bereits als Gastprofessor an der AUB Vorlesungen gehalten hat – erhielten wir zunächst eine Einführung in die Praxis des Verhandeln und konnten dann auch selbst eine Verhandlungssimulation mit den anwesenden Diplomaten durchführen.

Im Anschluss gab uns ein Mitglied des Planungsstabs des Auswärtigen Amtes einen Überblick über seine Alltagsarbeit und die Aufgaben im Zusammenhang mit dem „Review Prozess 2014“. Zurzeit laufen mehrere Projekte zur Umsetzung dieses Prozesses, der die Anpassung der deutschen Außenpolitik an neue internationale Herausforderungen ebenso wie an die Erwartungen der deutschen Bevölkerung zum Ziel hat.

Am Abend fand ein Netzwerktreffen in „Clärchens Ballhaus“, dem ältesten

Tanzlokal Berlins, mit nur knapp hundert geladenen Gäste statt. Das Motto des Abends war „Innovation in Diplomacy“ und in diesem Sinne wurden verschiedenste Perspektiven im Rahmen einer Pecha Kucha-Vortragsrunde eingebracht. Die kurzen Beiträge zeigten interessante und kreative Neugestaltungsmöglichkeiten für den diplomatischen Bereich auf. Anschließend hatten wir die Möglichkeit, uns auch mit den anderen Gästen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Prof. Dr. Andreas Suchanek, Mitarbeiter des Wittenberg Zentrums für Globale Ethik, hielt am Freitag einen Vortrag über die Rolle der Ethik und des Vertrauens in der globalen Politik. Anschließend gewannen wir Einblick in die Erarbeitung von Zukunftsszenarien und simulierten selbst zwei Phasen einer Szenarienbildung.

Spannende Einblicke in das Feld der Diplomatie

Bei einer Stadtrundfahrt durch Berlin am Nachmittag erfuhren wir von unserem Reiseführer interessante Details über die Spaltung Berlins in der Zeit der Mauer und über teilweise immer noch bestehende Unterschiede zwischen Ost- und West-Berlin.

Zum Abschluss der Exkursion besuchten wir die Kreuzberger „Weltküche“, ein von Migrant*innen geschaffenes multikulturelles Restaurant, und trafen die Journalistin Gemma Pörzgen, mit der wir über die Rolle der Medien in der Außenpolitik sprachen und über die Situation der Medienfreiheit in unseren Herkunftsländern diskutierten.

Zusammenfassend war das Seminar für AUB-Studierende aller Studiengänge eine außergewöhnliche Erfahrung: Wir bekamen nicht nur spannende Einblicke in das Feld der Diplomatie und die Arbeit des Auswärtigen Amtes, sondern nahmen auch nützliches praktisches Wissen vor allem zur Verhandlungstechnik mit. Wir hoffen, dass diese Art der Kooperation mit dem deutschen Auswärtigen Amt auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden kann!

Valentina Rath



Auswärtiges Amt

Exkursion nach Bosnien und Herzegowina

Die diesjährige MES-Fakultätsexkursion führte am 2. Juni 2015 zunächst nach Serbien. Beim Grenzübertritt nach Bosnien und Herzegowina im Bereich der (Teil-)Republik Srpska in Stara Gradiška wurde aus reiner Willkür, eine rechtliche Grundlage bestand nicht, die Einreise einer deutschen Kollegin verwehrt. Die ungeheuer engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Sarajevo und an der Deutschen Botschaft in Zagreb konnten gegen die Präpotenz des kommandierenden Grenzbeamten nichts ausrichten.

An Banja Luka vorbei, vielfach zerstört durch politische und tektonische Ereignisse, ging es weiter nach Sarajevo, wo am 3. Juni dem komplexen Beziehungsgeflecht politischer

und religiöser Koordinaten im Stadtbild Sarajevos nachgegangen wurde. Frau Kamala Šertović vom „Regionalen österreichischen Kooperationsbüro in Wissenschaft und Kultur Sarajevo“ (Regionalni Austrijski ured za naučnu i kulturnu saradnju Sarajevo) und ihr Mitarbeiter organisierten diesen atypischen Stadtrundgang, der die vielfachen Koordinaten der Kulturbeziehungen verdeutlichte und gleichzeitig ein radikales Statement gegen die Konstruktion von Ethnien darstellte. Eindrucksvoll wurde unter anderem an Hand einer Zigarettenschachtel gezeigt, dass es keine sprachlichen Unterschiede gibt und die nationale Konstruktion sich religiös fermentieren muss, um „Ethnien“ zu erfinden bzw. zu belegen.

Der Nachmittag führte zu einer kleinen Konferenz in die Residenz des österreichischen Botschafters Mag. Martin Pammer, der einen historischen, soziokulturell untermauerten Vortrag hielt, in dem er auch die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation darstellte. Oberst Dr. Thomas Widrich, der Political Advisor des Kommandanten der EUFOR, der immer noch stationierten europäischen Militärmacht, und Mag. Andrej Kiendl, der innerhalb der Delegation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina als Senior Political Advisor für die Policy and Programme Coordination wirkt, gingen auf die Sicherheitslage näher ein, die internationalen Hilfsprogramme und die Bemühungen um

eine europäische Integration Bosniens und Herzegowina. Dr. Dzevada Susko, Direktorin des Instituts für Islamische Tradition der Bosniaken, und Dr. Jakub Finci, Präsident der jüdischen Glaubensgemeinschaft in Bosnien und Herzegowina, thematisierten das politisch-nationalreligiöse Spannungsgeflecht. Das abschließende Essen in der Botschaft bot die Möglichkeit vertiefender Gespräche.

Rückreise über Mostar, Trogir & Zagreb

Am 4. Juni verließen wir Sarajevo, wo wir in jenem Hotel gewohnt hatten, in dem während der Belagerung der Stadt die letzten verbliebenen Auslandskorrespondenten ihre Unterkunft hatten und welches jetzt nach der Renovierung ein wenig den Charme der jugoslawischen Selbstdarstellung während der Olympischen Winterspiele spiegelt, um nach Mostar in die Herzegowina zu fahren. Eindrucksvoll konnte auf dieser Fahrt wiederum der Versuch, über Sakralbauten die Landschaft „national“ zu besetzen, studiert werden. Fertigteilmoscheen und ebensolche Kirchen, die zumeist jegliche Proportion vermissen lassen, bilden den Auftakt. Das osmanische, muslimische Mostar wird von einem neuen Kirchturm und einem Gipfelkreuz überragt, damit katholisch-kroatisch kontextualisiert und durch



Gruppenfoto vor der Nationalbibliothek in Sarajevo.

die Einbettung dieses neugeschaffenen „Markenzeichens“ in den in der Endphase Jugoslawiens erfundenen Marien-Kult im nahegelegenen Medugorje in den Rang der „kroatisch-nationalen Altäre“ erhoben. Das muslimische Mostar erschließt sich erst im Voranschreiten trotz des Massentourismus. An jener Stelle, an der im Krieg der 1990er Jahre die Synagoge zerschossen wurde, findet sich heute nicht einmal mehr eine Hinweistafel. Ein moderner Wohnblock schließt die Baulücke.

Danach ging es ins dalmatinische Küstenland in das Weltkulturerbe Trogir, das wohl zu den schönsten geschlossenen Denkmälern venezianischer Herrschaft an der Adriaküste des heutigen Kroatiens zählt. Die lange Fahrt durch die Berge bis an die Küste unterstrich die Abgeschlossenheit historischer Kulturräume. Der Tag endete in Biograd südlich von Zadar.

Der 5. Juni war der Heimreise gewidmet, wobei ein technischer Stopp in die Innenstadt von Zagreb führte.

MES

Personalia

Wir gratulieren den AUB-MitarbeiterInnen Zita Erdősné Havasy, Krisztina Domby-Gyöngyössi und Eszter Bognár ganz herzlich zu ihrem Nachwuchs: alle drei befinden sich derzeit im Mutterschaftsurlaub.

Dr. Thomas Schmitt, Leiter der Professur Diplomatie II an der Fakultät für Internationale Beziehungen, verlässt leider zum Wintersemester 2015 die AUB ein Jahr früher als ursprünglich vorgesehen, um auf Bitten des Auswärtigen Amtes seine neue Aufgabe als Gesandter und als Geschäftsträger a. i. an der Deutschen

Botschaft Lima wahrzunehmen. Sein Nachfolger wird Dr. Ulrich Schlie.

Dr. Christoph Good ist seit Februar 2015 Dozent für Völkerrecht und Internationalen Menschenrechtsschutz an der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften.

Im Studienreferat begrüßen wir als neue Referentinnen recht herzlich Dr. Barbara Forgács und Anita Ungi, im Finanzreferat als neue Referentin für Finanzangelegenheiten Ramóna Szabó.

Leider verließen uns im Sommersemester 2015 Tadeusz Rieckmann,

Hauptreferent für Studienangelegenheiten und Fruzsina Werle, Referentin des Studiengangs IB und Projektkoordinatorin für Politikwissenschaft.

Wir danken allen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen für ihre Arbeit und wünschen ihnen viel Erfolg auf ihrem weiteren Lebensweg. Alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter heißen wir herzlich willkommen und wünschen ihnen viel Spaß und Erfolg bei der Arbeit an der AUB.



LG



University
of National
Excellence



EMBERI ERŐFORRÁSOK
MINISZTERIUMA

